

Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und des Abgeordneten Karsli bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Budschun **angenommen** worden.

Meine Damen und Herren, nunmehr rufe ich **Bereich 3** auf:

Wirtschaft und Energie

Damit sind Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit - und Einzelplan 08 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4815 und 13/4808 sowie auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4916 und 13/4917.

Ich eröffne die Beratungen und erteile zunächst für die CDU-Fraktion dem Kollegen Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Wirtschaftshaushalt steht in diesem Jahr zum ersten Mal nicht am Beginn der Etatdebatte. Den Beratungsgang wird das nicht beeinflussen. Die Umstellung signalisiert aber ein verändertes Grundverständnis.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Für diese Koalition sind Wirtschaft und Finanzen offenbar nicht länger Alpha und Omega der Landespolitik. Dieser Koalition ist das Bewusstsein abhanden gekommen, dass die Wirtschaft Steuern erst erarbeiten muss, ehe der Finanzminister sie verteilen kann.

Meine Damen und Herren, ohne die sprudelnden Steuerquellen einer florierenden Wirtschaft gibt es keine Schulen, keine sozialen Einrichtungen, keine innere Sicherheit und keine Straßen. Am Ende des Geldes gibt es gar keinen Staat mehr. Der unbestechliche Gradmesser für den Erfolg oder das Scheitern einer Regierung ist deshalb das Ergebnis ihrer Wirtschaftspolitik.

"An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen", heißt es bei Matthäus 7, 16. Und wer ehrlich ist, der muss zugeben, dass die Früchte der Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung samt und sonders faul sind.

Stichwort "Beschäftigung": Im Schnitt des letzten Jahres waren 880.000 Menschen ohne Job. Zusätzlich wurden 66.000 ältere Arbeitslose benötigt, sich aus der Statistik wegzu erklären. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist von 34 auf 38 % ge-

stiegen. Wir verzeichnen einen Negativrekord bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen. Die Jugendarbeitslosigkeit wächst. Zum Jahresende 2003 gab es 26 % weniger offene Stellen als ein Jahr zuvor.

Die schreckliche Wahrheit, das ganze Elend des Arbeitsmarktes, wird Ihnen Kollege Arentz gleich sehr plastisch vor Augen führen.

Stichwort „Wachstum“: Von Wirtschaftswachstum keine Spur. Ganz im Gegenteil! Nordrhein-Westfalen befindet sich in der Rezession. Die Wirtschaftsleistung schrumpft. Das Bruttoinlandsprodukt bleibt erneut weit hinter dem Bundesdurchschnitt zurück.

Stichwort „Unternehmenskrise“: Die Pleitewelle erreicht eine Rekordmarke nach der anderen. 10.000 Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2003 haben mehr als 60.000 Arbeitsplätze dauerhaft vernichtet.

Stichwort „Investitionen“: Die Investitionen versiegen. Das Land geht mit besonders schlechtem Beispiel voran. Seit die Sozialdemokraten an der Regierung sind, sank die Investitionsquote von 26 % auf weniger als 8 %. Das Schlimme daran: Jede fehlende Investitionsmilliarde kostet rund 20.000 Arbeitsplätze - leider vor allem in der gebeutelten Bauwirtschaft.

Zusammengefasst: Nordrhein-Westfalen ist in Deutschland Letzter, wo wir Erster sein sollten, und Erster, wo wir Letzter sein müssten. Diese Bilanz der Unfähigkeit kann selbst eine Millionen teure Imagekampagne der Staatskanzlei nicht aus der Welt schaffen. Was Nordrhein-Westfalen braucht, sind neue Konzepte, keine bunten Hochglanzbroschüren.

Sparen allein, meine Damen und Herren, reicht einfach nicht, um diesen durch und durch maroden Haushalt zu sanieren. Wir brauchen vor allem mehr Steuereinnahmen: nicht höhere Steuern, sondern mehr Unternehmen und mehr Menschen, die aufgrund ihres wirtschaftlichen Erfolgs mehr Steuern zahlen. Doch die werden wir nicht bekommen ohne neue Konzepte für Wachstum und Beschäftigung.

Von neuen Konzepten, von einer regionalisierten, von einer gleichsam „abteilungsweisen“ Wachstumssteuerung des Landes, wie sie ein Unternehmen in der Krise vornehmen würde, ist weit und breit leider nichts zu sehen. Im Gegenteil: Der Wirtschaftshaushalt ist verkommen zu einem Sammelsurium unterschiedlichster Bausteine und damit zu einer Abraumhalde, aus der sich andere Ressorts nach Belieben bedienen.

Heute beraten wir den letzten Haushalt dieser Legislaturperiode und, wenn die Auguren Recht behalten, sogar den letzten Haushalt dieser Koalition. Da drängt sich neben der politischen Bewertung auch eine Bilanzierung in Euro und Cent auf, die deutlich macht, warum Nordrhein-Westfalen im Länderranking ständig zurückfällt.

Der Landeshaushalt ist in dieser Wahlperiode insgesamt leicht gewachsen. Der Wirtschaftshaushalt dagegen wurde über die ganze Periode betrachtet von Rot-Grün um 24 % reduziert.

Meine Damen und Herrn, das kann einfach nicht gut gehen. Auch Sie müssten doch wissen, dass es noch niemand geschafft hat, eine Kuh auf Erden zu melken und im Himmel zu füttern. Aber genau das versucht diese Landesregierung - planlos, ziellos und deshalb auch erfolglos.

Der Ansatz für Außenwirtschaft und Messen wurde um 42 % gekürzt, obwohl Nordrhein-Westfalen dringend seine Exportschwäche überwinden müsste.

Für die Förderung des Mittelstands gibt es ein neues Gesetz, aber 47 % weniger Bares als im Jahr 2000. Nebenbei bemerkt, dieses Gesetz hätten Sie sich schenken können, wenn es schon bei der ersten Bewährungsprobe missachtet wird. Wer kam nur auf den Einfall, ausgerechnet durch Frau Höhn und ihre Gutachter die Daten für die Mittelstandsverträglichkeit der „Wassersteuer“ ermitteln zu lassen. Im Vergleich dazu ist doch der Bock ein Gärtner mit „grünem Daumen“.

Die Kredite an kleine und mittlere Unternehmen sinken in der Wahlperiode um 57,8 %. Das erfolgreichste Programm zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Meistergründungsprämie, schrumpft seit dem Jahr 2000 um 66 %. Die Gründung neuer Unternehmen, die wir angesichts der Pleitewelle dringender brauchen denn je, ist mit 82 % weniger dotiert und die Förderung von Beteiligungskapital, das vor dem Hintergrund von Basel II für den Mittelstand und für Gründer immer wichtiger wird, ist ganz gestrichen.

Meine Bewertung kann Sie deshalb nicht überraschen, Herr Minister: Das ist kein Wirtschaftsetat, das ist ein Ideenfriedhof. Wenn Sie ein richtiger Wirtschaftsminister wären, würden Sie sich für diesen Zahlensalat in Grund und Boden schämen. In dieser Verfassung kann der Wirtschaftshaushalt auch nicht den kleinsten Beitrag leisten, um die Probleme im Land zu überwinden.

Eines dieser Probleme ist die Nachfolgesicherung im Handwerk. Uns fehlen in den nächsten Jahren 20.000 Betriebsnachfolger. Damit sind wenigstens

120.000 Arbeitsplätze akut in Gefahr. Dabei ist die Reserve an ausgebildeten Meistern groß genug. Doch viel zu wenige wagen den Schritt in die Selbstständigkeit, weil ihnen die finanzielle Grundlage fehlt. Deshalb haben wir schon Mitte der 90er-Jahre fraktionsübergreifend die Meistergründungsprämie eingeführt. Sie ist seitdem ein Kernstück der Wirtschaftsförderung unseres Landes und ein besonders erfolgreiches Instrument zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen. Seit 1995 wurden über 8.500 Existenzgründer mit je 10.000 € unterstützt. Sie haben 45.000 Arbeitsplätze geschaffen und gesichert. Für diesen Rekord wurden nicht mehr als 1.900 € je Arbeitsplatz eingesetzt. Das Programm ist damit an Effizienz nicht zu überbieten. Und dennoch läuft es jetzt Gefahr, Herr Minister, von Ihnen ruiniert zu werden.

Gleicher Kürzungsschnitt für alle Förderprogramme in Ehren, aber die Logik der Gleichmäßigkeit entbehrt jeder ökonomischen Vernunft. Wo wirklich Arbeitsplätze entstehen, da muss man auf dem Gas bleiben und nicht bremsen. Schon im Vorjahr haben Sie Brems- und Gaspedal verwechselt, als Sie die Meistergründungsprämie um 56 % kappen ließen. Jetzt wollten Sie das Crashmanöver wiederholen und das Erfolgsprogramm noch einmal um 24 % kürzen. Zum Glück, muss ich sagen, sind Ihnen selbst die Koalitionsfraktionen da nicht mehr gefolgt.

Doch selbst mit dem Ansatz des Vorjahres sind die Probleme nicht aus der Welt. Eine kurze Kontrollrechnung zeigt, dass mit den veranschlagten Haushaltsmitteln in diesem Jahr lediglich 460 und im kommenden Jahr nur noch 430 Meisterexistenzen gefördert werden können - einschließlich der Verpflichtungsermächtigung. Bisher wurden im langjährigen Schnitt aber 1.000 Meisterprämien pro Jahr vergeben. Diesen Standard gilt es im Interesse des Arbeitsmarktes, der Verbraucher und auch des Finanzministers, der ja viele gute Steuerzahler braucht, unbedingt zu halten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben deshalb beantragt, die Mittel der Titelgruppe 64 im Kapitel 15 300 für beide Haushaltsjahre auf jeweils 10 Millionen € aufzustocken. Sie haben das im Fachausschuss abgelehnt. - Das entspricht dem Schnitt der Jahre vor Ihrer Kürzungssorgie. Und es wäre ausreichend für 1.000 Gründungen, die jährlich möglich und auch nötig sind.

Gestatten Sie mir zu dieser Haushaltsstelle noch einen ganz formalen Hinweis: In der Änderungsvorlage, die dem Haushalts- und Finanzaus-

schluss zugeleitet wurde, sind die bisherigen Ansätze für die Jahre 2004 und 2005 offenbar verdreht. Für sich betrachtet sicherlich nur eine Lapalie. Der Vorgang ist aber Beleg für die schludrige Vorbereitung, die wir im ganzen Beratungsverfahren beklagen.

Beklagen, Herr Minister, müssen wir auch Ihre fortschreitende Missachtung des Parlaments. Dabei kann ich ehrlich gesagt die Kollegen der Koalitionsfraktionen nicht verstehen, die der von Ihnen beantragten Ausweitung der gegenseitigen Deckungsfähigkeit auf alle Ausgaben der Titel in der Hauptgruppe 8 im Fachausschuss zugestimmt haben. Wenn das so weitergeht, Herr Minister, können wir uns Haushaltsberatungen en détail künftig sparen und auf die Kontrollrechte des Parlaments verzichten. Wir stellen Ihnen ein Gesamtbudget zur Verfügung, und Sie fördern damit Wirtschaft nach Gutsherrenart wie es Ihnen beliebt; denn das - das zeigt der Umgang mit dem Euregionalen Zentrum für Luftverkehr Weeze-Laarbruch - liegt Ihnen sowieso am meisten. Sie jonglieren mit Baransätzen und Verpflichtungsermächtigungen, als sei es Ihnen völlig Wurst, ob und wann die Luftverkehrsinfrastruktur des Landes nachhaltig verbessert wird, was aus Konversionsansätzen wird und wie man regionale Kristallisationspunkte für Wirtschaftswachstum schaffen kann.

Die Schuld an dieser Chaospolitik auf den Investor zu schieben - lassen Sie mich das sagen, Herr Minister Schartau -, hat mir gar nicht gefallen. Wenn der Investor in der Vergangenheit tatsächlich nicht in der Lage war, sämtliche Förderanträge bürokratisch korrekt und fristgerecht auszufüllen, dann helfen Sie ihm eben dabei. Das wäre wirtschaftsfreundlich. Aber begründen Sie die Zahlungsverzögerung zulasten einer ganzen Region nicht mit mangelnder Bürokratiefähigkeit eines ausländischen Investors. Bleiben Sie wenigstens ehrlich. In Wirklichkeit wollen Sie mit der Mittelstreckung bloß die eigene Haushaltsmisere verdecken oder vielleicht auch Ihren Koalitionspartner bei Laune halten, der mit Luftverkehr nichts an der Kappe hat.

Wir möchten, dass die Barmittel für Weeze-Laarbruch bereits in diesem Jahr wieder um die versprochenen 2,25 Millionen € aufgestockt werden. Wir haben Ihnen auch gesagt, wie unsere Anträge zu finanzieren sind. Und damit komme ich zum Thema "Energie" im Einzelplan 08:

Wir wollen für das Programm "Rationale Energieverwendung und Nutzung unerschöpflicher Energiequellen" keine zusätzlichen Steuermittel mehr einsetzen, weil die Belastung für Wirtschaft und

Bürger aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz auch so schon explodiert. Wir sind der Meinung, dass jeder seine Entwicklungskosten selber tragen kann, wenn er Technologien auf den Markt bringt, deren Einsatz mit exorbitanten Einspeisevergütungen gefördert wird. Das Gleiche gilt im Übrigen für verbesserte Kraftwerkstechnologien mit internationalen Absatzchancen. Da muss die Wirtschaft selber für sich sorgen. Schließlich halten wir energiepolitische Geschäftelhuberei in Agenturen, Landesinitiativen etc. auf Kosten der Steuerzahler für überflüssig. Wenn Beratungsbedarf besteht, kann er im Ministerium erledigt werden. Dafür kenne ich die Fachleute gut genug.

Im Übrigen könnten erneuerbare Energien sowie Effizienzforschung und -entwicklung auch aus Einsparungen bei den Kohlesubventionen gefördert werden, die nach dem Auslaufen des Kohlekompromisses von Bundes- und Landesregierung viel zu hoch angesetzt sind. Über die Höhe und den Auszahlungszeitpunkt der Kohlesubventionen ist es im Fachausschuss schon zu erheblichen Irritationen gekommen. Ein wesentlicher Grund dafür ist, Herr Minister Horstmann, dass dem Parlament die Rahmenvereinbarung "Neuorientierung des Steinkohlebergbaus" vom 03.04.1998 niemals zur Kenntnis gegeben wurde. Damit waren uns Zinskonditionen, Tilgungszeiträume und Eintrittspflichten aus Garantieerklärungen bisher nicht bekannt - auch nicht nach Ihren Erläuterungen im Fachausschuss, Herr Minister.

Bis heute wissen wir nicht, ob die RAG aus den Stundungen an Bund und Land zusätzliche Zinsgewinne erzielt, weil sie selbst günstigere Kredite zur Zwischenfinanzierung aufgenommen hat.

Bis heute wissen wir nicht, ob der Bergbau die Mittel der so genannten Bugwelle in Höhe von 1,7 Milliarden € bis zum ursprünglich vereinbarten Tilgungstermin, dem 15. Januar 2008, überhaupt benötigt.

Bis heute wurde uns nicht angezeigt, und das wird viele Kollegen überraschen, dass das Land Ausfallbürge ist, falls der RAG-Gewinn nicht ausreicht, um den jährlichen Unternehmensanteil an den Kohlesubventionen in Höhe von 102 Millionen € zu decken.

Bisher, Herr Minister, haben Sie den Anschein erweckt, als seien die horrenden Stundungen bereits im Kohlekompromiss von 1997 vereinbart gewesen. Das ist völlig falsch, meine Damen und Herren. Auszahlungsbeträge in Höhe von rund 800 Millionen €, davon 143 Millionen € beim Land, sind erst ab dem Jahr 2000 auf Initiative der Regierung Schröder - und nur auf deren Initiative - in

die Zeit nach 2005 verschoben worden. Die Kohlesubventionen wurden damit zu einer ergiebigen "Bonanza" für die Erwirtschaftung globaler Minderausgaben bei Bund und Land. Zumindest in Nordrhein-Westfalen wurden sie so auch zur Umgehung der Verfassungsgrenze missbraucht.

Sie werden verstehen, dass meine Fraktion eine umfassende Klärung und Regelung dieser Vorgänge erwartet. Den augenblicklichen Zustand halten wir in weiten Teilen für verfassungswidrig. Ausdrücklich begrüßen würden wir deshalb eine Prüfung des Verhaltens der Landesregierung durch den Landesrechnungshof. Frau Präsidentin, wie sie der Bundesrechnungshof für seinen Bereich bereits angekündigt hat.

Eine letzte Bemerkung zu den Grundzügen der so genannten Steinkohleanschlussregelung, weil Sie in vorausseilendem Gehorsam auf dieses ungelegte Ei bereits in den Haushaltserläuterungen Bezug genommen haben: Der Kanzler hat seine Meinung ohne Abstimmung mit dem eigenen Koalitionspartner, dem Land und der Opposition verkündet. Er hat damit einen Scheck ausgestellt, den er selbst weder einlösen kann noch einlösen wird.

Für uns ist der Entwurf zu dieser Regelung aus wenigstens zwei zentralen Gründen völlig inakzeptabel. Zum einen fehlt dem Bergbau die politische und rechtliche Planungssicherheit des Kohlekompromisses von 1997. Zum anderen sind wir überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen finanziell über den Tisch gezogen werden soll. Wir haben unsere Vorschläge für eine Anschlussregelung auf den Tisch gelegt. Ich denke, Sie wären gut beraten, diese Vorschläge ernst zu nehmen. Sollten Sie unsere Hilfe ablehnen - was leider zu erwarten steht -, so erwarten wir von Ihnen dennoch, dass Sie in den Verhandlungen mit dem Bund Schaden vom Land abwenden und die von Herrn Schröder erwartete Beteiligung Nordrhein-Westfalens deutlich abmildern.

Nordrhein-Westfalen hat während der Laufzeit des Kohlekompromisses einen ständig wachsenden Anteil der Lasten tragen müssen.

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege.

Christian Weisbrich (CDU): Das muss jetzt umgekehrt vereinbart werden, denn die Sicherheit der Energieversorgung ist heute eine nationale Aufgabe. Auf Ihren Verhandlungserfolg, Herr Minister Horstmann, sind wir sehr gespannt und auch darauf, ob Sie wenigstens Ihre eigenen Koalitionsziele aus dem "Düsseldorfer Signal" durch-

setzen können. Dem maroden Landeshaushalt täte dies ausgesprochen gut. - Schönen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Weisbrich. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Bischoff das Wort.

Werner Bischoff (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Doppelhaushalt 2004/2005 ist davon geprägt, dass wir uns bei den anhaltend und hinter den Erwartungen zurückbleibenden Steuereinnahmen damit auseinandersetzen mussten, wie wir deutliche Einschnitte im Haushalt verarbeiten können. Insofern hat das leider zur Folge gehabt, dass diese Einschnitte auch die freiwilligen Förderprogramme des Landes betreffen. Hier hat es entsprechende Kürzungen gegeben, die leider auch den Wirtschaftshaushalt getroffen haben.

In diesem Jahr stellen wir für die Förderung der Wirtschaft einschließlich der europäischen Mittel insgesamt 440 Millionen € zur Verfügung. Das sind 12 Millionen € oder 2,8 % mehr, als es für das vergangene Haushaltsjahr 2003 der Fall ist. Allerdings muss man darauf hinweisen, dass die globale Minderausgabe in Höhe von 74 Millionen €, die ja insbesondere die Förderprogramme betrifft, hierbei nicht berücksichtigt ist. Für 2005 sind 401 Millionen € zur Förderung der Wirtschaft vorgesehen. Dies ist eine Verringerung in Höhe von 8,9 % gegenüber 2004.

Ich möchte hier für die SPD-Landtagsfraktion erklären, dass wir die Schwerpunkte, die die Regierung gesetzt hat und auf die sich die Landesregierung konzentriert, für richtig halten, dass wir sie unterstützen und dass wir einen Beitrag leisten, in der augenblicklichen Situation dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze in diesem Land neu geschaffen werden. Wir wollen einen Beitrag leisten, dass sich dieser Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen in sozialer Verantwortung vollzieht, und wir tun dies vor dem Hintergrund - wie wir meinen - insgesamt positiver Erwartungen in der Wirtschaft.

Wer in die Presseveröffentlichungen hineinschaut, sieht, dass es immer mehr positive Signale gibt, die sich - das muss man allerdings sagen - leider noch nicht auf dem Arbeitsmarkt niederschlagen, sondern zunächst einmal Stimmungen signalisieren. Unstrittig ist auch, dass selbst bei einem positiven Verlauf dieser Rahmenbedingungen der Arbeitsmarkt sich möglicherweise erst Mitte des Jahres und in der zweiten Jahreshälfte entspannen wird.

Von daher war es notwendig, Rahmenbedingungen zu verändern. Ich will sehr deutlich sagen, dass die Veränderungen, die mit der Agenda 2010 auf den Weg gebracht wurden, wichtige Reformanstöße darstellen. Ich bin sicher, dass dies sowohl für den Wirtschaftsmarkt wie auch für den Arbeitsmarkt Wirkung haben wird.

Herr Kollege Weisbrich, ich bin dem ersten Teil Ihrer Rede aufmerksam gefolgt und hatte den Eindruck, dass Sie wieder einmal mit Ihrem alten Zettelkasten gearbeitet haben. Denn das, was Sie dort als Fakten vorgetragen haben, sind Beschreibungen, die durch Fakten, die man heute nachlesen kann, überholt sind. Ich will deswegen auf das Psephos-Institut hinweisen, das im Oktober/November eine Unternehmensbefragung durchgeführt hat. Hier zeigt sich eindeutig eine Aufhellung der Geschäftserwartungen in Nordrhein-Westfalen. In dieser Untersuchung ist insbesondere zu erkennen, dass die Mehrzahl der Unternehmen positiv plant und dies sich auch in einem entsprechend positiveren Beschäftigungsklima günstiger darstellt als in der Vergangenheit.

Ich will etwas zu den Unternehmensneugründungen in Nordrhein-Westfalen sagen, weil deren Zahl gestiegen ist. Mit gut 24.000 neu in das Handelsregister eingetragenen Betrieben dominiert Nordrhein-Westfalen im Jahre 2003 das Gründungsgeschehen in Deutschland. Im Gegensatz zu fast allen westlichen Ländern nahm die Zahl der Neueintragungen in Nordrhein-Westfalen um 1,5 % zu. Ich räume ein, dass wir in vergangenen Zeiten andere Zahlen hatten. Da haben Sie ja immer die Ländervergleiche angestellt. Deswegen will ich dieser Systematik folgen und darf sagen: In Hessen sank die Zahl der Gründungen um 5,5 % in Baden-Württemberg um 3,4 % und in Bayern um 2,4 %. Per saldo - und das ist wohl die wichtige Zahl - kamen in Nordrhein-Westfalen mehr als 10.500 Unternehmen hinzu.

Auch die Gewerbemeldestatistik signalisiert eine Gründungsdynamik in Nordrhein-Westfalen, auf die ich hinweisen möchte. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 erhöhte sich die Zahl der Gewerbeanmeldungen um 13.757 bzw. 10,3 % gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Unter dem Strich übertraf die Zahl der Gewerbeanmeldungen die Zahl der Abmeldungen von Januar bis Oktober um 25.010. Auch diese Zahlen sollten Sie sich langsam einmal in Ihren Zettelkasten hineinlegen, damit Sie hier nicht immer mit den alten Möhren argumentieren müssen.

Insofern ist wohl auch ganz wichtig, dass das RWI für Nordrhein-Westfalen mit einer Erhöhung der Wirtschaftsleistung um 1,5 % rechnet. Das ist si-

cherlich noch eine sehr bescheidene Zahl. Aber vor dieser Zahl steht ein Plus-Zeichen, und das ist eine sehr gute Entwicklung.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Ja, lieber Herr Weisbrich, deswegen sage ich Ihnen diese Zahlen, damit Sie sie in Ihren Zettelkasten legen und nicht immer die alten vergilbten Papiere nehmen, die wir mittlerweile von Ihnen schon 24-mal vorgetragen bekommen haben.

Wichtig ist, dass der Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen Fortschritte macht. Deswegen sage ich ausdrücklich: Wir sollten jedes zarte Pflänzchen begrüßen und sollten diese Entwicklungen nicht schlechtreden. Von einer Wende am Arbeitsmarkt kann allerdings noch nicht gesprochen werden. Aber auch da muss man sagen, dass die Zahl der Arbeitslosen in den vergangenen Monaten weniger stark gestiegen ist, als es erwartet wurde, und dass sich der Abstand der Arbeitslosenzahlen zu denen des Vorjahres kontinuierlich verringert.

Auch hier ein Hinweis: Von November auf Dezember erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen zwar noch einmal saisonal bedingt um 1,8 %; aber diese Zuwachsrate lag deutlich niedriger als in den drei Jahren zuvor. Insofern sage ich einmal: Es ist Licht am Ende des Tunnels zu sehen. Aber da Sie ein notorischer Schwarzmalerei sind, haben Sie wahrscheinlich den Tunnel verlängert, damit da ja kein Licht zu erkennen ist. Deswegen sollten Sie sich die allgemeinen Rahmendaten noch einmal zu Gemüte führen.

Ich will hier sehr deutlich sagen, dass für uns Nordrhein-Westfalen ein industrielles Kernland ist. Deswegen sollten wir alles tun, damit Rahmenbedingungen geschaffen werden, die diesen Prozess fördern.

Einer Passage Ihrer Rede stimme ich zu, dass nämlich industrielles Wachstum die Voraussetzung dafür ist, dass sich wirtschaftlicher Erfolg einstellt. Letztendlich ist das die Brücke, die wir dringend brauchen, damit wir die öffentlichen Haushalte sanieren können. An dieser Stelle stimme ich Ihnen ausdrücklich zu. Allerdings ist das etwas, das durch Ihre Aussagen hier nicht im Detail belegt wurde, sondern Sie haben hier lediglich kritisiert.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, Wirtschaftsförderung ist für uns natürlich insbesondere auch Mittelstandsförderung. Deswegen will ich noch auf die Meistergründungsprämie eingehen und positiv feststellen, dass die Koalitionsfraktionen beschlossen haben, die Kassenmittel des

letzten Jahres in Höhe von 4,1 Millionen € auch für die Jahre 2004 und 2005 verfügbar zu machen, sodass die vorliegenden Anträge in diesen beiden Jahren aus unserer Sicht bewilligt werden können.

Sie haben davon geredet, dass Sie im Fachausschuss Anträge gestellt haben. Das muss eine Sitzung gewesen sein, die Sie alleine geführt haben. In den Sitzungen des Wirtschaftsausschusses, in denen ich dabei war, haben Sie keine Anträge gestellt. Diese haben Sie zu einem späteren Zeitpunkt offensichtlich im Haushaltsausschuss gestellt.

Wir haben in unseren Anträgen darauf hingewiesen, dass das Programm für Technologie- und Innovationsforschung im Zuge des Ausbaus der regionalen Wirtschaftsstruktur ebenfalls ausgebaut werden soll. Insofern haben wir dafür gesorgt, dass die Investitionen für das Euregionale Zentrum für Luftverkehr bei gleichzeitiger Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen zeitlich gestreckt werden. Ich sage sehr deutlich: Wir haben uns zu diesem Schritt entschieden, weil er notwendig war, um Mehrausgaben an anderer Stelle zu finanzieren.

Ein Wort noch zur Entscheidung bezüglich des Euregionalen Zentrums für Luftverkehr. In der Gemeinde Weeze und im Kreis Kleve gab es hohe Wellen der Emotion und viele Diskussionen, wohl auch deshalb - das muss man sagen -, weil Sie parteipolitisch die Trommeln gerührt haben. Deswegen will ich noch einmal auf Folgendes hinweisen: Wir wollen den Flughafen Laarbruch und wir wollen auch das Gewerbegebiet dazu. Wir haben keine Haushaltsmittel gekürzt oder gestrichen. Das war eine absolute Fehlmeldung. Im Gegenteil: Mit der gegenseitigen Deckungsfähigkeit der Titelgruppe 8 haben wir dafür Sorge getragen, dass die entsprechenden Landesmittel in voller Höhe bereitgestellt werden können, wenn förderfähige Anträge vorgelegt werden.

Es ist interessant, dass durch die Diskussionen vor Ort deutlich wurde, dass seit Mitte 2002 keine Anträge auf Förderung gestellt wurden und deswegen auch keine Mittel abgeflossen sind. Wenn ich die Zahlen richtig in Erinnerung habe, dann ist für dieses Projekt - inklusive dem Gewerbegebiet - bis 2006 ein Ansatz von 19 Millionen € vorhanden. Davon sind, wenn meine Informationen richtig sind, bisher lediglich 3,5 Millionen € verbraucht worden. Insofern werden hier Krokodilstränen geweint, die der Sache nicht angemessen sind. Dies erkennt man, wenn man sich mit den Fakten auseinander setzt.

Ich will noch etwas zum Einzelplan 8 und zum Bereich Bergbau sagen. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2003 steigen die Ausgaben für die Kohlebeihilfen in 2004 um 43 Millionen € auf 494 Millionen €. Dies kommt dadurch zustande, dass die Zahlung der Kohlebeihilfen, die in 2003 vorgesehen war, zum Teil in das Jahr 2004 verlagert wurde. Auch für 2005 stehen entsprechende Mittel zur Verfügung. An dieser Stelle kann ich vorausschauend schon einmal sagen, dass wir die politischen Anträge, die von der FDP wahrscheinlich noch eingebracht werden, hier eine gänzliche Streichung vorzunehmen und den Ansatz auf Null zu reduzieren, ablehnen werden. Wir stehen für Verlässlichkeit und Vertragstreue gegenüber den Bergleuten. Das, was die FDP will, machen wir nicht mit. Sie fordert zum Vertragsbruch auf. Nicht mit uns! Deswegen wird dieser Antrag abgelehnt werden.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich sehr deutlich sagen: Wir stehen zu dem Kohlekompromiss von 1997. Es ist wichtig darauf hinzuweisen, dass diese Regelung damals von der CDU/CSU-FDP-Regierung ausgehandelt wurde. Heute haben Sie offensichtlich Erinnerungslücken, da Sie zu diesen Dingen nicht mehr stehen. Ihre ganze Diskussion um die Kohlepolitik ist eine einzige Wackelveranstaltung, die an Traurigkeit kaum noch zu überbieten ist. Das will ich an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen.

Für die Internationale Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn im Jahre 2004 werden 650.000 € zur Verfügung gestellt. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollen die Leistungen in den Bereichen Bergbautechnik, Grubensicherheit und Bergaufsicht in Nordrhein-Westfalen gezeigt werden. Wir meinen, dass das vernünftig ist. Deswegen unterstützen wir diesen Antrag. Ich habe darauf hingewiesen, dass Sie keine Anträge im Fachausschuss gestellt haben. Deswegen konnten wir diese Dinge mit Ihnen auch nicht diskutieren.

Meine Damen und Herren von der Opposition, ich habe den Eindruck, dass Sie im Rahmen der nachfolgenden Beratungen eine Reihe von Anträgen gestellt haben, weil Sie sich sicher waren, ohnehin keine Chance zu haben, dass sie angenommen werden. Insofern war das wohl nur das Verlesen eines wiedergefundenen Wunschzettels aus der Vorweihnachtszeit. Das hat mit einer realen Haushaltsberatung überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

An dieser Stelle will ich noch sagen, dass Sie mit einem Antrag, den Sie in den nachfolgenden Be-

ratungen gestellt haben, total neben der Sache liegen. Es geht um den Antrag auf Kürzung der Mittel für die Außenwirtschaft um rund 800.000 € je Haushaltsjahr. Die Begründung haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss gegeben. Sie offenbart Ihren Provinzialismus in höchster Kompetenz. Es muss hier noch einmal sehr deutlich gesagt werden: Wir wollen, dass das Außenhandelsstor offen gehalten wird; denn neue Märkte bedeuten neue Chancen, insbesondere für Nordrhein-Westfalen.

Deswegen war es richtig, dass wir uns als Land Nordrhein-Westfalen in Moskau auf einer großen Ausstellung präsentiert haben. Ihre ganze Nörgelei vorher, nachher und in Moskau ist durch die ausführliche Diskussion, die wir auf der Grundlage der Befragung der Unternehmen hinterher im Wirtschaftsausschuss durchgeführt haben, ad absurdum geführt worden.

(Beifall bei der SPD)

Was in Ihre Köpfe nicht hineinpasst, das darf nicht sein. Deswegen haben Sie diesen Antrag auf Kürzung offensichtlich auch gestellt. Wie gesagt: Das ist Provinzialismus in höchster Kompetenz. Das überlassen wir Ihnen ausdrücklich ganz allein.

Bezüglich dessen, was Sie ansonsten noch zur Kohlepolitik gesagt haben - ich denke an Ihre schlaunen Anregungen zur Finanzierung -, rate ich Ihnen, sich zu bemühen, ein Gastreferat in Saarbrücken zu halten. Vielleicht können Sie das dort Ihrem Parteikollegen Müller einmal vortragen. Ich glaube, er könnte in dieser Frage noch eine ganze Menge von Ihnen lernen. Sie standen hier am falschen Pult. Insofern kann ich an dieser Stelle nur sagen: Machen Sie sich auf den Weg nach Saarbrücken und sagen Sie dort das, was Sie hier gesagt haben!

Ich darf für die SPD-Fraktion erklären, dass wir dem mit unseren Änderungen versehenen Einzelplan unsere Zustimmung erteilen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Bischoff. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Papke das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bischoff, auch bei dieser Debatte habe ich mich wieder einmal gefragt, wer - um Gottes willen - Ihnen die Zahlen und Daten für Ihre Rede zusammengebas-

telt hat. Das Wirtschaftsministerium sicherlich nicht, wird doch von dort inzwischen gar nicht mehr geleugnet, dass das Land Nordrhein-Westfalen im innerdeutschen Vergleich einen strukturellen Wachstumsrückstand aufweist. An Ihnen ist das offensichtlich vorbeigegangen. Sie halten eine Schönwetterrede, als wäre alles in Ordnung.

(Widerspruch von Werner Bischoff [SPD])

- Herr Bischoff, das Licht am Ende des Tunnels, das Sie sehen, stammt möglicherweise vom Gegenverkehr. Das sollten Sie einmal ins Kalkül ziehen. Für Ihren Zettelkasten liefere ich Ihnen vielleicht noch ein paar Anregungen, gegebenenfalls auch mit Quellennachweisen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in der heutigen Debatte über den Wirtschaftshaushalt eine nüchterne Bilanz über Lage und Perspektiven am Wirtschaftsstandort Deutschland zu ziehen. Zugleich ist dies selbstverständlich auch eine Bilanz der Arbeit des zuständigen Ministers. Herr Minister Schartau, sie ist jetzt angebracht denn je, weil Sie als Minister für Wirtschaft und Arbeit im Kabinett eine Schlüsselfunktion einnehmen, haben Sie doch Zugriffs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich von Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, wie sie kein anderer Minister zuvor gehabt hat.

Meiner - wie Sie sicherlich erwarten - kritischen Analyse will ich vorausschicken, dass Ihnen persönlich sicherlich niemand den guten Willen und das Engagement abspricht, Ihrer Verantwortung auch gerecht zu werden. Nur, Herr Minister, das alleine reicht nicht.

Als Sie Ihr Amt als Arbeitsminister angetreten haben, hatten wir in Nordrhein-Westfalen offiziell 770.000 Erwerbslose. Ihre Landesregierung hat den Menschen in Nordrhein-Westfalen damals versprochen, die Zahl der Arbeitslosen bis zum Ende der Legislaturperiode auf 500.000 zu senken. Dieses zentrale Versprechen hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung abgegeben: Wir reduzieren die Arbeitslosigkeit auf 500.000 Erwerbslose.

Im Dezember 2003 lagen wir schon bei 880.000 offiziell gemeldeten Erwerbslosen. Die statistischen Trickereien der letzten beiden Jahre haben nicht Sie veranlasst, aber Sie profitieren davon. Ohne sie liegen wir - konservativ berechnet - bei mindestens 930.000 Erwerbslosen in Nordrhein-Westfalen. Das sind die Fakten.

Dazu kommt, Herr Minister Schartau, dass sich seit Ihrem Amtsantritt die Zahl der Insolvenzen

mittelständischer Betriebe verdoppelt hat: von 5.500 im Jahr 2000 auf annähernd 11.000 im Jahr 2003. Sie müssen sich mit den Fakten konfrontieren lassen, dass sich in Ihrer Amtszeit die Zahl der Unternehmenspleiten in Nordrhein-Westfalen verdoppelt hat und die Zahl der Erwerbslosen um 20 % gestiegen ist. Das sind zwar nur einige, aber zentrale Rahmendaten Ihrer Bilanz.

Meine Damen und Herren, der Superminister steht in der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik vor einem Superscherbenhaufen. Das ist traurige Realität. Davon können Sie und wir nicht ablenken, selbst wenn Sie jetzt in einer Reihe von Pressekonferenzen versuchen, positive Stimmung zu verbreiten. Es ist selbstverständlich, dass Sie sich so verhalten. Das ist Ihr Job, wird für sich genommen aber nicht ausreichen.

Meine Damen und Herren, die nordrhein-westfälische Wirtschaft befindet sich in den letzten beiden Jahren in einer tiefen Rezession. Für 2003 haben wir zwar die offiziellen Daten noch nicht; das RWI schätzt bei der Wirtschaftsleistung für Nordrhein-Westfalen einen Rückgang von 0,3 %. Die Wirtschaft ist im Jahre 2003 geschrumpft. Die positiven Wachstumsprognosen, die Sie - gestützt auf das RWI - für Nordrhein-Westfalen verkündet haben, werden, selbst wenn sie eintreffen sollten - wobei eine Prognose von 1,5 % sehr optimistisch ist -, keinen positiven Beschäftigungseffekt haben. Das muss man feststellen.

Alle wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute haben mit ihren Wachstumsprognosen zwischen 1,5 und 1,8 % für das Bundesgebiet die Aussage verbunden: Selbst wenn diese hohen Wachstumswerte eintreffen sollten, wird das bundesweit zu einem Beschäftigungsrückgang von 0,3 % und damit zu einer Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen führen. Angesichts des Wachstumsrückstandes, den wir in Nordrhein-Westfalen haben, wird uns dieser Effekt, selbst bei Ihrer positiven Wachstumsprognose, in Nordrhein-Westfalen in noch viel stärkerer Form einholen. Das muss man berücksichtigen.

Es gibt demnach keine positive Entwicklungsprognose für die Situation am Arbeitsmarkt, ganz abgesehen einmal von interessanten Effekten, die wir sicherlich heute nicht vertiefen können, nach denen wir 2004 ein deutlich höheres Wirtschaftswachstum haben werden, weil in diesem Jahr, Herr Kollege Bischoff, zahlreiche Feiertage auf Wochenenden fallen. Die Institute haben uns vorgerechnet, dass alleine dieser Umstand einen Wachstumseffekt von ca. 0,5 % zur Folge hat. Insofern hat das also nichts mit einer guten und effektiveren Wirtschaftspolitik zu tun.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns hier mit der entscheidenden Frage auseinandersetzen, warum Nordrhein-Westfalen im innerdeutschen Vergleich von Jahr zu Jahr weiter zurückfällt. Dieses Problem dürfen Sie nicht ausblenden, Herr Kollege Bischoff. Ich darf hierzu einmal das interessante Thesenpapier des Wirtschaftsministeriums zur strukturellen Entwicklung der NRW-Wirtschaft zitieren:

"Das Zurückbleiben des Wachstums der Bruttowertschöpfung in NRW hinter dem Bundes-trend ist kein konjunkturelles Phänomen, sondern es hat strukturelle Ursachen."

Folgendes schreibt der Finanzminister im Geleitwort zum Nachtragshaushalt 2003, der erst wenige Monate alt ist: Die hiesige Wirtschaft hat sich 2001 und 2002 deutlich schlechter entwickelt als im Durchschnitt der übrigen westdeutschen Flächenländer - dort in 2001 ein reales Wachstum von 0,8 %, in NRW nur von 0,3 %; in den anderen alten Ländern in 2002 ein reales Wachstum um 0,4, in Nordrhein-Westfalen ein Rückgang um 0,2 %.

Herr Kollege Bischoff, so sehen die Fakten aus, die wir hier nicht schönreden können. Meine Damen und Herren, die Schere klafft weiter auseinander. Herr Minister Schartau, so sieht die Bilanz Ihrer Amtszeit aus. Sie müssen sich die Frage gefallen lassen, was denn noch passieren soll, damit Sie endlich in die Gänge kommen. Die Instrumente, die Sie bisher angewandt haben, haben doch ganz offensichtlich keinerlei positive Effekte erzielt. Das können wir an den Zahlen ablesen.

Der erste Vorwurf, den wir Ihnen und der Landesregierung gegenüber erheben, Herr Minister, lautet, dass es Ihre Landesregierung nicht geschafft und es letztlich auch gar nicht versucht hat, einen wirklichen Perspektivwechsel zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen in unserem Land zu vollziehen. Einen solchen Politik- und Perspektivwechsel zugunsten des Mittelstandes haben Sie nicht vollzogen. Das spiegelt sich auch im Wirtschaftshaushalt wider. Die Mittelstandsförderung verkommt von Jahr zu Jahr mehr zu einer statistischen Restgröße in Nordrhein-Westfalen. 2004/2005 fahren Sie die Mittelstandsförderung um weitere 9,5 % zurück.

Fast noch interessanter als dieser Wert wird es, wenn wir uns die strukturellen Veränderungen innerhalb der Mittelstandsförderung anschauen. Da stellen wir fest, dass Sie die Mittelstandsförderung mehr und mehr aus EU-Ziel-2-Mitteln finanzieren. Das, meine Damen und Herren, ist ein Spiel mit dem Feuer, weil wir wissen, dass die Ziel-2-Mittel

2006 ausfinanziert und wahrscheinlich weitgehend ausfallen werden. Dann wird 2006 die Mittelstandsförderung im Ruhrgebiet zusammenbrechen wie ein Kartenhaus. Das ist aufgrund der Struktur des Wirtschaftshaushaltes jetzt schon erkennbar. Wie gehen Sie damit um, Herr Minister Schartau?

Zu dem, was Sie nicht leisten zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen, gehört auch das, was bei der Meistergründungsprämie passiert. Das ist schon ein Stück aus dem Tollhaus. Ich denke an Gespräche, die alle vier Fraktionen mit dem Handwerk noch vor wenigen Wochen geführt haben, die Versprechungen, die dort vonseiten der Koalitionsfraktionen gemacht worden sind, das erfolgreichste Mittelstandsprogramm in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen weiter fortzuführen, und zwar auf einem gesicherten Niveau.

(Werner Bischoff [SPD]: Ja!)

Durch dieses Programm sind 45.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze in Nordrhein-Westfalen geschaffen worden - Sie reduzieren die Barmittel für die Meistergründungsprämie seit 2000 um fast zwei Drittel. Das geht an die Substanz dieses Programms und ist auch nicht dadurch zu kompensieren, dass Sie mehr und mehr Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig machen, immer nach der Devise: Irgendwo wird im Haushaltsvollzug schon noch Geld übrig bleiben, sodass wir noch ein bisschen in die Meistergründungsprämie hineinschaufeln können. Das ist keine seriöse Mittelstandspolitik, und das werden wir nicht mitmachen. Deshalb haben wir beantragt, die Mittel auf ein vernünftiges Niveau aufzustocken.

Ihre Politik gegen den Mittelstand und gegen die Wirtschaft in diesem Land, Herr Minister Schartau, lässt sich auch an diesem verheerenden Wasserentnahmeentgeltgesetz ablesen.

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

Wir haben das im Wirtschaftsausschuss debattiert. Sie gehen sehenden Auges auf eine weitere Katastrophe für die wasser- und energieintensiven Betriebe in diesem Lande zu, nur deshalb, weil Sie sich nicht gegen den Würgegriff Ihres grünen Koalitionspartners zur Wehr setzen konnten. Das ist ein eklatantes Versagen des Wirtschaftsministers dieses Landes. Dafür werden Sie die Quittung bekommen. Wir werden es erleben bei der Insolvenzquote und vor allen Dingen bei der Zahl derjenigen, die in den nächsten Jahren zusätzlich in die Arbeitslosigkeit gehen werden. Es ist abzusehen, dass die direkte Kostenbelastung von mehr als 100 Millionen € katastrophale Auswir-

kungen für die energieintensiven Betriebe haben wird.

Auch vor dieser Herausforderung sind Sie, Herr Minister Schartau - wir bedauern es sehr, und da gibt es aus Sicht der Opposition auch nichts zu applaudieren, weil die Konsequenzen so verheerend sind -, leider gescheitert.

Sie sind auch bei der zweiten Herausforderung gescheitert, nämlich die Modernisierung des Landes voranzutreiben. Bei der Mittelstandsförderung operieren Sie mit der Sense, bei der Steinkohleförderung allenfalls mit der Nagelfeile. Die Steinkohleförderung ist in diesem Haushalt nach wie vor in Stein gemeißelt. Wir sind drauf und dran, dass in Nordrhein-Westfalen - wenn wir uns nur die Landesmittel anschauen - deutlich mehr als doppelt so viel Geld für die Steinkohlesubventionen ausgegeben wird als für die Mittelstandsförderung. Wenn wir die EU-Mittel einmal abziehen - die sind endlich, das ist absehbar -, haben wir schon in 2004 doppelt so hohe Ausgaben für die Steinkohlesubventionierung wie für die Mittelstandspolitik in Nordrhein-Westfalen. Einen deutlicheren Beleg dafür, dass Ihre Politik nicht versucht, Zukunftschancen zu entwickeln, sondern versucht, Vergangenheit künstlich zu verlängern, kann es nicht geben, als diese Relation in Ihrem Haushalt.

(Zuruf von Wilhelm Nowack [SPD])

Dazu gehört natürlich auch, dass dann wichtige unabdingbare Investitionen in Infrastruktur, in Zukunftsmöglichkeiten unseres Landes hintangestellt werden. Weeze-Laarbruch ist ein gleichermaßen erschreckendes wie überzeugendes Beispiel für diese rückwärts orientierte Politik. Dass die Grünen diese Gelegenheit auch noch beim Schopfe ergriffen haben, um ihre Politik gegen den Ausbau der Infrastruktur und insbesondere der Flughäfen fortzusetzen, kommt noch erschwerend hinzu.

Es kann doch nicht sein, dass Zusagen für diesen Investor, dem wir dankbar sein müssen, dass er dort mehrere tausend Arbeitsplätze schaffen will, auf diese Art und Weise ausgehebelt werden. Da gibt es überhaupt nichts zu deuteln. Das, was im Wirtschaftsausschuss dargestellt worden ist, das sei so gut wie abgestimmt mit dem Investor, ist Quatsch. Das führt zur Verunsicherung, und das Signal an andere Investoren ist: Ihr könnt euch nicht darauf verlassen, dass Zusagen in Nordrhein-Westfalen, Mittel für Zukunftsinvestitionen bereitzustellen, auch eingehalten werden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das verheerende Signal geht weit über die Frage hinaus, ob Sie diese 2,5 Millionen € doch noch finanzieren werden oder nicht. Das Signal ist verheerend und gehört mit zu der erschreckenden Bilanz, die Sie zu verantworten haben.

Wir können bei der Steinkohlepolitik gespannter denn je sein. Wir haben natürlich auch in diesem Jahr den Antrag gestellt, die Mittel für die Steinkohlebeihilfen, die in den Landeshaushalt eingestellt worden sind, zu streichen. Aber nicht - Herr Kollege Bischoff, setzen Sie diese Mär nicht Jahr für Jahr fort -, um Verträge zu brechen, sondern wir haben gesagt: Wir wollen mit den Akteuren des Steinkohlekompromisses verhandeln und sind der festen Überzeugung, wenn es eine klare Ansage gibt, dass die Parlamente - der Bundestag und der Landtag Nordrhein-Westfalen - die Steinkohleförderung beenden wollen, dann werden sich die Akteure auch auf solche Gespräche einlassen und über die Modalitäten verhandeln, um einen Auslaufbergbau zu organisieren. Das hat mit Vertragsbruch gar nichts zu tun.

(Werner Bischoff [SPD]: Bis 2005 ist das Vertragsbruch!)

- Herr Kollege Bischoff, Sie wären bereit, aus den mittelständischen Betrieben in diesem Land noch den letzten Cent herauszupressen, um Ihre Steinkohlebeihilfe zu retten. Das ist die Realität.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP
- Edgar Moron [SPD]: Was schreien Sie immer so?)

Das ist die politische Perspektive, die Sie haben.

Herr Kollege Priggen, Sie haben heute wieder Ihren Unmut über die Steinkohlepolitik der Bundesregierung deutlich gemacht. Sie spielen ein interessantes Spielchen. Sie versuchen sich als Opposition in der Koalition. Das werden wir Ihnen aber nicht durchgehen lassen, Herr Kollege Priggen. Frau Ministerin Höhn war es doch, die das "Düsseldorfer Signal" so vehement hinausposaunt und gesagt hat, es sei den Grünen gelungen, den Anteil Nordrhein-Westfalens an der Steinkohleförderung deutlich zu reduzieren. Da hat sie sich doch tagelang feiern lassen. Jetzt sagen Sie: Ja, aber wir Grünen wollten die Zusage des Kanzlers an den Bergbau eigentlich gar nicht, und jetzt sei die SPD in der Pflicht sicherzustellen, dass der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Steinkohlebeihilfen wirklich reduziert werden kann. So wird das nicht funktionieren, Herr Kollege Priggen. Sie sind Koalitionsfraktion und Sie stehen in der Verantwortung dafür, dass das, was Sie ankündigen, nämlich die Steinkohlebeihilfen deutlich zu reduzieren, dann auch umgesetzt wird.

Wir sehen mit großer Freude dem Elchtest entgegen, Herr Kollege Priggen, den Sie und Ihre Freunde von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier in wenigen Monaten zu bestehen haben werden, wenn wir über Walsum abstimmen. Da hilft nämlich kein Deuteln und da helfen keine unterschiedlichen Interpretationen mehr. Möglicherweise haben Sie alle an dem Tag auswärtige Termine; das könnte ich mir auch vorstellen. Dann werden Sie endlich Farbe bekennen müssen, ob Sie eine vernünftige energiepolitische Position an der Stelle einnehmen und mit uns für die umgehende Schließung von Walsum stimmen oder nicht.

Im Übrigen will ich, Herr Kollege Bischoff, eines noch zur Frage der energiepolitischen Zukunft unseres Landes sagen: Sie sitzen gemeinsam mit den Industrien, die Sie vertreten, auf einem Ast, an dem die Grünen beharrlich sägen. Ich finde sehr bemerkenswert, wie erfolgreich die Grünen die von ihnen gewünschte Energiewende - ich sage das ganz deutlich - zum Schaden

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

des Energielandes Nordrhein-Westfalen und der energieintensiven Industrien in unserem Land einleiten und durchführen. Sie sollten sich das einmal im Einzelnen anschauen, ...

Vizepräsident Jan Söffing: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen, Herr Kollege.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Ende, Herr Präsident. - ... was die Grünen dort mit großer Beharrlichkeit betreiben - Herr Priggen, aber auch Herr Trittin. Die wissen genau, dass beispielsweise Windenergie nicht marktfähig werden kann und die einzige Möglichkeit, erneuerbare Energien in dieser Form in den Markt zu drücken, neben der Einspeisevergütung darin besteht, die Kosten für Energie aus konventioneller Energieerzeugung zu erhöhen.

Sie werden sich noch umgucken, was dort unter der Überschrift des Zertifikatehandels auf die Kohleindustrie und auf die energieintensive Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen zukommt.

(Zuruf von der SPD)

- Sie sollten das nicht ganz so fröhlich sehen. Da haben Ihnen Herr Trittin und die Grünen insgesamt so manches Mal eine lange Nase gedreht. Das, was die Grünen dort energiepolitisch wollen, wird verheerende Auswirkungen auf das Energieland Nordrhein-Westfalen

(Beifall von Marianne Thomann-Stahl [FDP])

und auf die energieintensiven Betriebe in Nordrhein-Westfalen haben. Das ist nicht so juxig aufzunehmen, wie Sie das offensichtlich tun, Herr Kollege Bischoff. Wir jedenfalls verfolgen das mit großer Sorge.

(Werner Bischoff [SPD]: Das ist für mich ganz ernst!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt der Kollege Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Innovative Wirtschaftspolitik mit ökologischen Impulsen - das muss trotz knapper Kassen und einer in den letzten Jahren schwierigen Haushaltssituation unser Ziel sein. Für uns Grüne geht Ökonomie nicht vor Ökologie, wie das der Kanzler gesagt hat. Wir wollen in der nordrhein-westfälischen Wirtschaftspolitik auch weiterhin ökonomische und ökologische Weiterentwicklung mit dem Ziel, zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen.

Wir Grüne werden daher keine Politik der 70er-Jahre unterstützen, wie dies vor allem CDU und FDP in diesem Land machen wollen, wo Politik nur so viel Wachstum wie möglich erzeugen soll, aber egal ist, welches es denn ist. Auch wir stehen für Wachstum - damit da keine Zweifel aufkommen -, aber ohne den Abbau von ökologischen Qualitätsstandards. Im Gegenteil, Umweltstandards und Umwelttechnologien sind ein wesentlicher Faktor für Wachstum und Export deutscher und NRW-Produkte.

Die Grünen in NRW stehen auch weiterhin für eine innovative Mittelstandspolitik. Die Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen bleibt ein Schwerpunkt auch in diesem Haushalt. Wir haben nicht nur ein Mittelstandsgesetz beschlossen. Wir setzen auch in diesem Haushalt auf die Meistergründungsprämie. Wie im vergangenen Jahr haben wir dafür gesorgt, dass hier 2004 und auch im Jahr 2005 wieder 4,1 Millionen € zur Verfügung stehen. Damit können die Altanträge aus dem Jahr 2003 befriedigt werden, aber es können auch die schätzungsweise 700 Neuanträge zum Zuge kommen. Ich glaube, dass das ein deutliches Signal für die Mittelstandspolitik in NRW ist.

Zur Situation in Nordrhein-Westfalen: Sie ist sicherlich nicht so schlecht, wie es die CDU und vor allem die FDP hier dargestellt haben. Das Ruhr-

gebiet ist natürlich nach wie vor unser Sorgenkind. Gerade in der Emscher-Lippe-Region müssen wir auch weiterhin eine ganze Menge machen. Der Strukturwandel ist dort überhaupt nicht abgeschlossen, wie er im südlichen Teil des Ruhrgebiets sehr positiv vollzogen worden ist. Das heißt, hier müssen wir deutlich weiter Akzente und Impulse setzen.

In anderen Landesteilen sieht das wesentlich besser und zum Teil sogar besser als in Bayern und anderen südlichen Bundesländern aus. Das läuft da teilweise sehr gut, vor allem im Münsterland und in Ostwestfalen. Von daher sind hier durchaus sehr positive Entwicklungen zu beobachten.

Schauen wir auf den Kernbereich der Wirtschafts- und Mittelstandsförderung. Um diesen Haushalt geht es ja heute im Wesentlichen. Hier werden 2004 142,95 Millionen € und 2005 nur noch 118 Millionen € zur Verfügung stehen. Das ist im Verhältnis zum Etat 2003, wo noch 160 Millionen € zur Verfügung standen, ein Rückgang. Das müssen wir leider so feststellen. Das ist der schwierigen Haushaltslage geschuldet.

Im Wesentlichen wird es bei vier Programmen Rückführungen geben. Das betrifft zum einen das seit 1993 bestehende Programm PROFIS, wo 2,1 Millionen € in 2004 und 9 Millionen € in 2005 gekürzt werden. Das sind die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe Regionale Strukturpolitik, wo es eine Kürzung um 5 Millionen € in 2005 geben wird. Das sind auch Reduzierungen bei den Entgelten an die Landesbank NRW für die Durchführung der regionalen Wirtschaftsprogramme. Das sind 1,7 Millionen €. Und das sind Kürzungen im Beratungsprogramm Wirtschaft, das aber nach wie vor sehr gut erhalten wird; das muss man auch so deutlich sagen.

Der Aussage der FDP, die NRW-Wirtschaftspolitik bestehe nur noch aus Steinkohlesubventionen, muss ich deutlich widersprechen. Bei Ihnen ist das nicht Alzheimer light - Sie haben wirklich Alzheimer heavy, wenn Sie vergessen, dass Sie 1997 selbst diese Verträge gemacht haben, die jetzt noch gültig sind, und hier für eine radikale Kürzung dieser Beträge auf null eintreten. So kann man keine seriöse Politik machen. Das ist im höchsten Maße ungläubig, was Sie hier tun.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich glaube, das wird auch von den Wählerinnen und Wählern in Nordrhein-Westfalen so wahrgenommen.

Wir vertreten hier eine klare Position. Mein Kollege Priggen wird nachher im Detail auch noch einiges zur Energiepolitik sagen. Als Grüne wollen wir perspektivisch aus den Kohlesubventionen aussteigen. Das ist ein Anpassungsprozess, den wir in den nächsten Jahren durchlaufen müssen. Wir müssen natürlich die Kohlesubventionen reduzieren; das ist ganz klar. Aber wir machen das seriös. Wir machen das glaubwürdig. Wir machen das mit Augenmaß, sodass es tatsächlich auch sozialverträglich abläuft.

Das ist die Perspektive. An der halten wir auch fest. Wir machen hier keine Politik, wie sie die FDP macht: Kahlschlag und die Probleme einfach auf die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen abwälzen. So kann man keine Politik machen.

Trotzdem muss man sagen, dass es natürlich im Haushalt eine ganze Menge Probleme gibt. Denn unabhängig von dieser Relativierung muss man sagen: In der NRW-Außenwirtschaftsinitiative Mittel- und Osteuropa haben wir natürlich eine Kürzung um ca. 50 %. Das ist ein ziemlich dicker Hammer. Das ist natürlich gerade für die kleinen und mittleren Unternehmen sehr schmerzlich.

Wir haben natürlich auch das Problem, dass wir im Jahr 2004 im Haushalt noch eine globale Minderausgabe von 3,47 Millionen € erbringen müssen. Wir werden uns im Detail ansehen müssen, wie das im Wirtschaftsetat konkret umgesetzt wird.

Das erfolgreiche Beratungsprogramm "Wirtschaft" wird zwar fortgeführt, aber auch reduziert. Wir werden uns hier noch stärker als bisher auf die Beratungsleistung für Existenzgründer und auf die Beratungsleistung für Unternehmen in der Startphase konzentrieren.

Über das Beratungsprogramm "Wirtschaft" - dies ist im Bericht zum Programmcontrolling nachzulesen - konnten im Jahr 2002 1.974 Arbeitsplätze neu geschaffen und 6.626 Arbeitsplätze gesichert werden. Ich habe keine Zweifel daran, dass wir in zwei bis drei Jahren in Bezug auf die Jahre 2004 und 2005 ähnlich positive Zahlen vorlegen werden.

Das Beratungsprogramm "Wirtschaft" ist und bleibt ein zentraler Baustein auf unserem Weg zu einer neuen Kultur der Selbstständigkeit, insbesondere im Ruhrgebiet und insbesondere - hierauf werden wir Grünen noch stärker drängen, um auch diese Potenziale abzurufen - für Frauen sowie für Migrantinnen und Migranten.

Stichwort: Gemeinschaftsaufgabe und Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Ich bin

froh darüber, dass die ursprüngliche Entscheidung des Bundeskabinetts, diese Gemeinschaftsaufgabe "Förderung" zukünftig auf die neuen Bundesländer zu beschränken und für die alten Bundesländer ab 2004 keine Verpflichtungsermächtigung mehr auszuweisen, über ein einstimmiges Bundesratsvotum und einen Beschluss des Haushaltsausschusses des Bundestages zumindest vorläufig gestoppt werden konnte. Die mit der zweiten Ergänzungsvorlage vorgenommene Reduzierung ist zwar schmerzlich, fällt aber deutlich geringer aus, als zwischenzeitlich zu befürchten war.

Eine gute Wirtschaftsförderung ist natürlich - wer könnte das abstreiten? - auch eine Frage des Geldes. Aber sie ist nicht nur eine Frage des Geldes. Nordrhein-Westfalen und seine Landesregierung zeigen, dass eine gute Wirtschaftsförderung auch vor dem Hintergrund knapper Kassen möglich ist, denn auch dann lassen sich gute Ideen und innovative Förderinstrumente nicht nur intellektuell entwickeln, sondern auch erfolgreich realisieren. Hierzu zwei Beispiele aus diesem Haushalt:

Erstens. Das Finanzierungspaket, das das Land einzelnen Gewerbetreibenden, Angehörigen freier Berufe und mittelständischen Unternehmen über das Programm "Gründungs- und Wachstumsfinanzierung" in Kooperation mit dem Bund und der KfW zur Verfügung stellt, ist ein Finanzierungspaket aus Nachrangdarlehen und Haftungsfreistellungen, ein Paket, das die Eigenkapitalbasis mittelständischer Unternehmen stärkt, ein positives Signal in Richtung Banken gibt und zu einer Blaupause für andere Bundesländer, z. B. Baden-Württemberg, Hessen oder Thüringen, geworden ist.

Es ist auch - das möchte ich ausdrücklich betonen - ein Paket, das in seiner qualitativen Substanz nicht beschnitten wird. Die nominale Ausstattung dieses Titels sowohl im Haushalt 2004 als auch im Haushalt 2005 ist höher als z. B. der Haushaltsansatz 2002.

Zweitens. Mit dem Masterplan "Selbstständigkeit in NRW" soll der Rahmen für die positive Gründungsentwicklung in Nordrhein-Westfalen seit 1995 weiterentwickelt werden, und zwar nicht nur finanziell, sondern vor allem auch im Hinblick auf den Bürokratieabbau. Dies erscheint mir besonders wichtig in Bezug auf eine bessere Verankerung unternehmerischer Selbstständigkeit als einer Schlüsselqualifikation in unserem Bildungssystem.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Ich glaube, wir haben es geschafft, in diesem Haushalt gerade für den Mittelstand in Nordrhein-Westfalen wieder deutliche Akzente zu setzen. Wir haben, was den Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen betrifft, sicherlich noch einen schwierigen Weg vor uns. Aber wir sind nach wie vor auf einem guten Weg. Ich glaube auch, dass der Wirtschaftshaushalt das positiv unterstützt, was wir in den letzten Jahren geschaffen haben, gerade was die mittelständische Wirtschaft und die Unternehmensgründungen angeht. Wir haben zahlreiche Programme, die sehr positiv wirken. Ich glaube, wir sind auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Sagel. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Schartau das Wort.

Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf stellen wir uns der Herausforderung, die Wirtschaftspolitik in unserem Land unter veränderten Rahmenbedingungen zu gestalten bzw. neu auszurichten.

Die für Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stehenden Ziel-2-Mittel können sowohl im Haushalt 2004 als auch im Haushalt 2005 komplett abgerufen werden. Insgesamt stehen an Barmitteln in diesem Jahr 255 Millionen € und im nächsten Jahr rund 231 Millionen € zur Verfügung.

Damit können die Gestaltung des Strukturwandels vor allem im Ruhrgebiet und wichtige Projekte zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in den Ziel-2-Regionen, wie z. B. die Gründungsprämie oder der Zukunftswettbewerb Ruhrgebiet, weiterfinanziert werden.

Mit der Bereitstellung der Kofinanzierung hat die Landesregierung zugleich sichergestellt, dass Nordrhein-Westfalen über die Finanzmittel aus dem europäischen Fonds für Regionalentwicklung in voller Höhe verfügen kann.

Entgegen dem ursprünglichen Beschluss der Bundesregierung, die Gemeinschaftsaufgabe West Ende 2003 auszufinanzieren, ist im Zuge der Beratungen über den Bundeshaushalt 2004 ein Vermerk aufgenommen worden, nach dem die westdeutschen Länder 100 Millionen € von den für die ostdeutschen Länder eingestellten Verpflichtungsermächtigungen für Neubewilligungen in Anspruch nehmen dürfen. Die Entscheidung hierüber wird der Planungsausschuss treffen, sobald der Bundeshaushalt endgültig verabschiedet

ist. Wenn dies eintritt, werden wir in Nordrhein-Westfalen insgesamt 58,8 Millionen € für neue Projektzusagen zur Verfügung haben.

An Geldern für Programme, die ausschließlich aus Landesmitteln finanziert werden, kommen 64,7 Millionen € in diesem Jahr und etwas über 51 Millionen € im nächsten Jahr hinzu. Sicher, auch hier musste ein Konsolidierungsbeitrag erbracht werden: Die Mittel wurden gegenüber 2003 reduziert.

Wir konzentrieren uns in der Wirtschaftspolitik im Wesentlichen auf vier Bereiche:

Erstens. Wir führen die Förderung von Existenzgründern und von mittelständischen Wachstumsunternehmen fort. Hierzu habe ich am 16. Januar der Öffentlichkeit den Masterplan "Selbstständigkeit" vorgestellt. Er soll als mittelfristig angelegter Handlungsrahmen dem Thema unternehmerische Selbstständigkeit neue Impulse und neuen Schwung geben.

Dabei geht es um das ganze Spektrum von Selbstständigkeit: Kultur der Selbstständigkeit, Rahmenbedingungen für Selbstständigkeit, Existenzgründung in allen Ausprägungen und Entwicklung bestehender mittelständischer Unternehmen.

Dazu nur eine Zahl: Das Gründungssaldo in Nordrhein-Westfalen ist im ersten Halbjahr 2003 bei 9.200 angelangt. Das bedeutet gegenüber dem ersten Halbjahr 2002 eine Steigerung um 1.200 Unternehmen in unserem Land.

Unter anderem mit Mitteln aus dem ESF-Programm wollen wir zukünftig auch außerhalb der Ziel-2-Gebiete eine entsprechende Beratungsförderung anbieten.

Zweitens. Ein besonderer Schwerpunkt der Gründungsförderung liegt in der Stärkung der Eigenkapitalbasis durch die landesweite Meistergründungsprämie und die Gründungsprämie in den Ziel-2-Gebieten.

Die Meistergründungsprämie wird entgegen aller Unkenrufe weitergeführt. Für die Handwerksförderung stehen zusätzlich zu den Fördermitteln in den Ziel-2-Regionen für 2004 5,7 Millionen € und für 2005 5,6 Millionen € zur Verfügung. Diese Ansätze enthalten die Erhöhungsanträge der Koalitionsfraktionen gegenüber dem Regierungsentwurf.

Die Gründungsprämie, die wir im Mai vergangenen Jahres in den Ziel-2-Gebieten eingeführt haben, wird verstärkt. Zielsetzung ist es, vor allem stabile Gründungen mit einem klar erkennbaren

Wachstum zum Beschäftigungspotenzial, die auch eine langfristige Marktchance haben, zu unterstützen.

In 2003 konnten rund 350 Gründungsprämien und über 800 Meistergründungsprämien bewilligt werden. In 2004 beträgt das zur Verfügung stehende Finanzvolumen aus Landes- und EU-Mitteln 15 Millionen €. Dies ermöglicht die Förderung von 1.500 Gründungen durch die Gründungsprämie und die Meistergründungsprämie.

Drittens. In der Mittelstandspolitik bilden die Stärkung der Eigenkapitalbasis und Sicherheiten bei Gründungen und bei Wachstumsunternehmen klare Schwerpunkte. Wachsende kleine und mittlere Unternehmen und Unternehmensnachfolger innerhalb der Ziel-2-Gebiete profitieren dabei besonders vom NRW-Eigenkapitalprogramm. Im gesamten Land stehen für die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung zusätzliche Mittel aus dem Landeshaushalt bereit. Zunehmend an Bedeutung gewinnen Fonds, auf die mittelständische Unternehmen zurückgreifen können, die Kapital für Investitionen benötigen. Instrumente sind hier Bürgschaften, Haftungsfreistellungen, Garantien, die mit dem Haushaltsgesetz bereitgestellt werden.

Viertens. Natürlich wird auch hier der Sparzwang deutlich. Ich möchte daran erinnern, dass wir beim Sparen unser Augenmerk immer mehr auf die Rahmenbedingungen für die nordrhein-westfälische Wirtschaft lenken und durch viele Reformen auch dazu beitragen, dass sich gerade unsere Wirtschaft weiterentwickeln kann.

Ein Wort zu Weeze-Laarbruch: Ich mahne nachdrücklich an, die Tassen im Schrank zu lassen.

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit)

Die Aussagen zu Weeze-Laarbruch sind vollkommen klar. Alles, was an Flughafentechnik zu finanzieren war, ist längst ausfinanziert. Ich bitte, diese Fakten bei aller öffentlichen Aufregung zu beachten. Dass die Investitionen in Weeze-Laarbruch weitergeführt werden können, ist klar.

Aber der Unterschied zwischen Landesmitteln, Herr Weisbrich, und Kamellen, die der Prinz wirft, ist, dass wir mit Haushaltsmitteln sorgsam umgehen. So gut das Investitionsprojekt sein mag, kommt es aber darauf an, dass vernünftige Unterlagen erstellt und Anträge gestellt werden. Dabei helfen wir den Investoren gerne.

Ich habe angesichts des ganzen öffentlichen Theaters die verantwortlichen Leute ins Ministerium einbestellt. Dann wollen wir gucken, dass wir die Kuh möglichst schnell vom Eis kriegen.

(Christian Weisbrich [CDU]: Einbestellen? Sind das Verbrecher oder was!)

Eine Presseerklärung weniger und ein Wort mehr zur Zukunft von Weeze-Laarbruch hätte der Sache mehr gedient.

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

In einer größer werdenden Europäischen Union und angesichts der wachsenden Internationalisierung der Ökonomie gewinnt die Außenwirtschaft zunehmend an Bedeutung. Folgende Faktoren sind dabei für mich entscheidend:

Erstens. Nordrhein-westfälische Unternehmen sollen verstärkt auf internationalen Märkten investieren. Die Entwicklung und Stabilisierung ausländischer Standorte dient zur Stärkung des heimischen Standortes. Schwerpunkt der außenwirtschaftlichen Aktivitäten des Landes wird es sein, unsere kleinen und mittleren Unternehmen bei ihrem Schritt auf fremde, oft schwierige Märkte zu begleiten.

Zweitens. Auch wer nicht direkt auf ausländischen Standbeinen steht, sollte diese Märkte doch stärker als bisher beobachten, analysieren und in die eigene Geschäftsstrategie einbeziehen.

Drittens. Außenwirtschaft heißt zudem, den Standort Nordrhein-Westfalen noch attraktiver für ausländische Investitionen zu machen. Wir haben den Anspruch, die Position Nordrhein-Westfalens als führender Investitionsstandort in Deutschland zu stärken und auch so zu mehr Wachstum und Beschäftigung in unserem Land beizutragen.

Viertens. Wir wollen Nordrhein-Westfalen als wichtigen internationalen Messestandort stärken. Für den Messestandort Nordrhein-Westfalen, für die Repräsentanz auf in- und ausländischen Messen sowie weitere außenwirtschaftliche Projekte stehen in diesem Jahr 5,3 Millionen € und 4,8 Millionen € im nächsten Jahr zur Verfügung. Dabei werden wir auch prüfen, ob bei Projekten, deren Förderung ausläuft, eine alleinige Finanzierung durch die Wirtschaft möglich ist.

Innovationen, wirtschaftliches Wachstum und technologische Entwicklung stehen in einer direkten Wechselwirkung. Wir brauchen im Land Unternehmen, die kreativ und kooperativ Innovationszyklen verkürzen. Nur so können durch neue Produkte und Dienstleistungen insbesondere auf Wachstumsmärkten wichtige Potenziale erschlossen werden, die wir dringend zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen benötigen.

Wir stellen uns diesen Anforderungen mit den verfügbaren Landesmitteln für die Technologieförde-

zung - einerseits in bar und in Verpflichtungsermächtigungen. Wir setzen in der Technologiepolitik dabei drei Schwerpunkte:

Erstens. Durch eine Neuausrichtung der Technologieförderung werden wir solche Projekte fördern, die im globalen Wettbewerb Innovation und Produktivität stärken, um Arbeitsplätze langfristig zu erhalten und idealerweise neue zu schaffen.

Zweitens. Zudem haben wir in der Vergangenheit eine Reihe von Strukturen und Netzwerken aufgebaut, die uns jetzt helfen, den Innovationsstandort Nordrhein-Westfalen zu festigen.

Drittens. Eine Förderung von Einzelprojekten muss im Hinblick auf die Haushaltslage die Ausnahme bilden. Wir werden z. B. zukünftig weiterfördern, wenn es zukunftssträchtige Projekte sind, die einen Innovationsschub bringen und ein hohes Marktpotenzial aufweisen. Dazu werden verstärkt Wettbewerbe durchgeführt oder besondere Schwerpunkte festgelegt. Wir wollen so die Spreu vom Weizen trennen und Mitnahmeeffekte ausschließen.

Sie sehen, wir sind gut gerüstet zu einem Zeitpunkt, wo die Konjunktur anspringt, die Reformen im Großen und Ganzen zwischen den Verantwortlichen auf Bundesebene in trockene Tücher gebracht worden ist und die nordrhein-westfälische Wirtschaft jetzt alle Voraussetzungen hat, durchstarten zu können.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Schartau. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Dr. Papke, ich will nur mit ein paar Worten auf die Steinkohleproblematik eingehen. Sie haben gesagt: Natürlich haben Sie auch in diesem Jahr wieder den Antrag gestellt, die Subventionen für dieses Jahr auf null zu setzen.

Ich habe Sie schon im Wirtschaftsausschuss gefragt und ich will das jetzt noch einmal tun. Ich bin kein Haushaltsfachpolitiker, aber ich habe gelernt: Wenn ein Unternehmen einen Bewilligungsbescheid hat, dann ist das so gut wie Bargeld. Dann die für die mit dem Bewilligungsbescheid zusammenhängenden Leistungen angesetzten Haushaltsmittel auf null zu setzen, kann überhaupt nicht gehen -

(Beifall von Marc Jan Eumann [SPD])

völlig unabhängig von der richtigen Aussage, dass das, was für 2004/2005 Grundlage ist, unter Regierungsbeteiligung Ihres Ministers Dr. Rexrodt und Bundeskanzler Kohl mit Zustimmung der Sozialdemokraten und der Grünen im Bundestag und im Landtag 1997/1998 beschlossen worden ist. Da kommt keiner dran vorbei. Das ist die Grundlage. Deswegen muss man diese Sachen in der Substanz auch umsetzen. An der Stelle zu fordern, die Mittel für dieses Jahr auf null zu setzen, ist von der Sache her überhaupt nicht machbar.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Das kann der Bund nicht übernehmen. Entschuldigung. Gucken Sie sich die Haushaltssituation an! Wenn Sie in der Art hier Regierungsverantwortung übernehmen wollen, dann empfehle ich Ihnen: Lernen Sie noch ein paar Jahre dazu! So nicht! So kommen Sie nicht durch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe einen zweiten Punkt, weil Sie immer so gerne über Elchteste schwadronieren. Ich habe Bilder des Vermittlungsausschusses gesehen, auf denen Ihr Vorsitzender, der Kollege Westerwelle, neben Frau Merkel und neben Herrn Stoiber immer so freundlich lächelt. Er kommt aus Nordrhein-Westfalen. Mit dem müssen Sie über Kohle reden können.

Ich frage, ob im Vermittlungsausschuss im Zuge des gesamten Subventionsabbaus auch über die Steinkohle geredet worden ist. Nach meinem Kenntnisstand hat die FDP, die hier, wo es nichts kostet, wo sie keine Mehrheiten und keine Verantwortung hat, immer ganz groß ist, im Vermittlungsausschuss, wo sie Gewicht hatte, es nicht angesprochen. Sie können mich da gerne korrigieren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das heißt: Hier sind Sie immer ganz groß am Tröten, aber da, wo Sie Gestaltungsmöglichkeiten haben: Null! An der Stelle sind Sie sofort weg.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist doch lächerlich!)

- Nun regen Sie sich nicht auf. Es geht um den Vermittlungsausschuss. Sie müssten aus Ihrer Logik heraus sogar für die Jahre 2004 und 2005 gekürzt haben. Ich sage Ihnen: Das geht nicht.

(Erregte Zurufe von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Hören Sie zu, ganz ruhig.

(Zuruf)

- Aber 2006! Das ist überhaupt nicht grotesk.

Es ist im Vermittlungsausschuss über den Abbau von allen möglichen Subventionen bis hin zu Treibstoffbeihilfe für Landwirte und, und, und geredet worden - alles im Detail. Sie waren dabei. An der Stelle hätten Sie auch einmal etwas zeigen können. Da ist auch nicht über 2006 geredet worden. Wir reden über minus 4 %, minus 8 %, minus 12 %. Selbst wenn Sie es 2004 nicht können, da hätten Sie es gekonnt. Das ist nämlich der Punkt bei Ihnen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist dummes Zeug!)

- Das ist überhaupt kein dummes Zeug. Natürlich ist darüber geredet worden, aber nicht von Ihnen an der Stelle, wo Sie immer den Elchtest von anderen fordern.

Zur Sache ein paar Anmerkungen, die jetzt nicht den Kollegen Papke betreffen. Aus der Verantwortung für 1997 bis 2005 kommt niemand heraus. Das, was Kollege Weisbrich vorhin gesagt hat, ist in einem Punkt nicht richtig: Es sind 1997 Verpflichtungen von allen eingegangen worden, die dabei beteiligt waren; Verpflichtungen, die nicht besonders transparent sind - das muss man zugeben -, die aber allen, die damals beteiligt waren - das waren für die CDU die Kollegen Linssen und Kollorz -, bewusst waren. Das, was an fünfmal 150 Millionen € Verpflichtungsermächtigungen in die Jahre nach 2006 verschoben ist, war allen bekannt. Das ist der Löwenanteil der Bugwelle.

Jetzt wird es darauf ankommen, für die Jahre nach 2006 eine Lösung zu finden, die vernünftig ist, die den sozialverträglichen Anpassungsprozess gestalten lässt und das Land so wenig wie irgendwie möglich finanziell belastet. Das ist genau die Kunst, die es jetzt gilt hinzukriegen.

Da nützen uns solche Propagandaattitüden, die Sie hier machen, nichts. Das ist eine ganz harte Arbeit in der Sache. Da wird es darauf ankommen, das, was wir im "Düsseldorfer Signal" vereinbart haben, umzusetzen.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

- Jawohl, das ist ein wichtiger Punkt. So etwas haben Sie hier noch nicht hingekriegt. Natürlich kriegen wir das hin. Wir können wetten, ob wir das hinkriegen. Das werden wir schon schaffen.

Das ist der entscheidende Punkt für den Landeshaushalt, der von 1997 bis 2005 konstant belastet

war und an der Stelle auch nachhaltig entlastet werden muss, weil es nicht angeht, dass das Land seine Belastung auf Dauer so hoch hält. Das Land muss in die Degression.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: 40 Millionen pro Jahr!)

- Herr Dr. Papke, rufen Sie Herrn Westerwelle an! Gucken Sie, dass Sie Ihre Arbeit machen! Wir machen unsere Arbeit hier. Wir werden sie erfolgreich machen und hoffentlich noch lange daran Freude haben, dass Sie in der Opposition sind, damit Sie das noch lernen, was Sie lernen müssen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Priggen. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Horstmann das Wort. Bitte schön.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zum Thema Energiepolitik und vielleicht zunächst zur Steinkohlefinanzierung.

Ich beginne mit dem Punkt Auszahlungsverschiebungen. Herr Kollege Weisbrich hat sich ausführlich damit auseinandergesetzt und eine Reihe von Behauptungen aufgestellt, die den tatsächlichen Sachverhalten nicht entsprechen. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Die Auszahlungsverschiebungen sind insgesamt, Herr Kollege Weisbrich, korrekt begründet worden, durch entsprechende Haushaltsbeschlüsse der Parlamente in allen Fällen belegt. Deshalb sind sie auch durch entsprechende Verpflichtungsermächtigungen in diesem Haushaltswerk, über das der Landtag in diesem Monat entscheiden soll, entsprechend belegt. Das muss auch so sein, weil die Verpflichtungen längst entstanden sind.

Es handelt sich um insgesamt ca. 570 Millionen € Auszahlungsverschiebungen. Davon sind 430 Millionen, wie der Kollege Priggen gesagt hat, der Löwenanteil, begründet durch die Kohlevereinbarung 1997. Da regierten in Berlin CDU/CSU und FDP und in Nordrhein-Westfalen SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Das wissen Sie. Es ist eine Verständigung gewesen, die zwischen allen Parteien letztendlich getroffen worden ist und die im Übrigen auch überhaupt nicht vor der Öffentlichkeit geheim gehalten worden ist.

Denn das Finanzierungstableau,

(Zuruf von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Herr Kollege Weisbrich, Herr Kollege Linssen, der Kohlevereinbarung 1997, aus dem z. B. die Höhe der verzinslichen Verpflichtungsermächtigungen entnommen werden konnte, ist am 13. März 1997 veröffentlicht worden, d. h. nicht nur den Parlamenten, sondern der gesamten deutschen Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt worden. Ich kann Ihnen die Unterlagen auch noch zur Verfügung stellen. Ich habe sie bei meinen Akten. Ich mache das gerne.

Ein paar Bemerkungen zu dem, was Sie darüber hinaus gesagt haben. Richtig: Es hat mit den Haushalten seit dem Jahre 2000 Verschiebungen im Umfang von 140 Millionen gegeben. Diese sind ordentlich dokumentiert und in jedem Haushaltswerk verzeichnet. Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie jemals diesen Auszahlungsverschiebungen widersprochen hätten. Sie sind jeweils im Parlament vorgelegt worden. Insoweit handelt es sich auch hier um einen unter Ihrer Beobachtung zustande gekommenen Vorgang, der völlig den haushaltsgesetzlichen Verabredungen und Regelungen entspricht, nach denen wir solche Entscheidungen zu treffen haben.

Ein Wort zu Ihrer Kritik an der Entwicklung seither, an der Diskussion über die weiteren Kohlelizenzen, über die Anschlussfinanzierung 2006 bis 2012. Immerhin, Herr Kollege Weisbrich, es steht inzwischen außer Zweifel, dass es zu einer Degression der Kohlelizenzen für das Land kommen wird. Diese Bundesregierung wird dem Land Nordrhein-Westfalen eine Degression der Kohlelizenzen zubilligen. Das ist unstrittig. Es geht noch um die Höhe. Aber das ist im Grunde genommen unstrittig.

Das war es aber nicht, als der Bundeskanzler noch Helmut Kohl hieß,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

um das deutlich zu sagen. Seinerzeit ist das Land genötigt worden, an den Kohlelizenzen festzuhalten, die wir zuvor finanziert hatten. Diesmal wird es anders ausgehen. Das darf ich Ihnen versprechen. Darüber wird jetzt gesprochen.

Deshalb ist der Haushalt an der Stelle offen und nennt keine Zahlen. Ja, es ist so: Die Kohlelizenzen des Landes Nordrhein-Westfalen ab dem Jahr 2006 kann man noch nicht in Euro und Cent beziffern, weil wir über die Verteilung des öffentlichen Finanzierungsplafonds noch mit Berlin verhandeln. Das wissen Sie. Das ist der springende Punkt dabei, und dabei - das will ich deutlich sagen - steht nicht in Rede, was der Bundeskanzler

als Eckdatum genannt hat, nämlich 16 Millionen t Förderung im Jahr 2012 und ein öffentlicher Finanzplafonds von 15,8 Milliarden € bis zum Jahr 2012.

Der Vollständigkeit halber darf ich zudem darauf hinweisen, dass es sich dabei nicht etwa allein um das Wort des Bundeskanzlers handelt, sondern um einen Beschluss des Deutschen Bundestages, der mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in Berlin gefasst worden ist. Das ist die Grundlage unserer Gespräche.

Andere Zahlen - 13 Millionen t oder welche Zahlen auch immer - sind nicht Grundlage von Gesprächen zwischen der Landesregierung und der Bundesregierung. Im Übrigen gilt: Wer sie nennt, muss sich mit dem Vorwurf auseinandersetzen, mit den Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen leichtfertig umzugehen.

Ein Wort zum Thema erneuerbare Energien: Nordrhein-Westfalen - das will ich deutlich sagen - beansprucht einen Spitzenplatz bei den erneuerbaren Energien. Deswegen halten wir an der Förderung aus dem REN-Programm fest.

Im Übrigen, Herr Kollege Weisbrich, verrät es eine seltsam schiefe Betrachtung öffentlicher Hilfen und von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen, auf der einen Seite rundweg eine Förderung erneuerbarer Energien aus dem Landeshaushalt in Abrede zu stellen, sich aber andererseits darüber zu beklagen, dass im Falle von Weeze die öffentlichen Subventionen angeblich nicht hoch genug seien.

Das müssen Sie sich hier anhören und vorhalten lassen, und das zeigt: Sie sind blind für die Zukunftsaufgaben in der Energiepolitik. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen. Davon lassen wir uns nicht leiten.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Minister, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ein letztes Wort: Herr Kollege Papke, wenn Sie die Mittelstandsförderung gegen die energiepolitischen Maßnahmen der Landesregierung ausspielen wollen, dann sage ich Ihnen: Sie verkennen, in welchem Ausmaß die energiewirtschaftliche Tradition dieses Landes Basis für mittelständische unternehmerische Aktivitäten ist und in welchem Maße die Förderung des Landes in der Energiepolitik wiederum Chancen für mittelständische Aktivitäten bietet.

Das gilt beispielsweise bei der Brennstoffzelle, bei der Fotovoltaik, in der Bergwerkstechnologie sowie in anderen Bereichen. Lieber Herr Kollege Papke: Das ist ein Widerspruch, den Sie nicht erklären können. Das ist der Beleg dafür, dass Sie über keine Erneuerungsstrategie und über keine Innovationsstrategie für unser Land verfügen, die auf den energiewirtschaftlichen Erfahrungen sowie den Kompetenzen und dem Know-how von Menschen aufsetzt, die sich seit vielen Jahrzehnten mit Energietechnik und Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen beschäftigen.

Das machen wir anders. Deshalb bleibt es dabei: Wir regieren! Sie opponieren! - Herzlichen Dank für das Zuhören.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Horstmann. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Bevor ich jedoch den nächsten Bereich aufrufe, weise ich darauf hin, dass die Abstimmung über den Einzelplan 15 nach Nummer 4 und über den Einzelplan 08 am Donnerstag nach Nummer 7 erfolgt.

Ich rufe **Bereich 4** auf:

Arbeit

Betroffen ist der Einzelplan 15 - Ministerium für Wirtschaft und Arbeit.

Ich weise hin auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4815 und die bereits zuvor genannten Änderungsanträge der Fraktion der FDP Drucksachen 13/4916 - Neudruck - und 13/4917.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Arentz für die Fraktion der CDU das Wort.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Lage am Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen ist nach wie vor dramatisch. Der Kollege Dr. Papke hat völlig zu Recht zu Beginn seines Beitrags darauf hingewiesen, dass die im Jahre 2000 vom damaligen Ministerpräsidenten versprochene Absenkung der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen auf 500.000 weiter denn je von der Realität entfernt ist.

Wir haben einen kontinuierlichen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen, und zwar von 750.000 Ende Dezember 2000, 797.000 ein Jahr später, 844.000 im Jahr 2002 auf jetzt 880.000. Das ist die Wirklichkeit in Nordrhein-Westfalen.

Ebenfalls ist richtig, dass im Grunde genommen alle diese Zahlen nur die Spitze des Eisbergs sind; denn Sie haben in den letzten Jahren nicht die Arbeitslosigkeit, sondern vielmehr die Arbeitslosenstatistik bekämpft. Das ist das, was Sie getan haben. Sie haben die Leute reihenweise in den Vorruhestand weggedrückt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Alleine die Zahl derjenigen, die über 55 Jahre alt sind und in den Vorruhestand gedrückt worden sind, beträgt in Nordrhein-Westfalen 74.500. Das heißt: Wenn wir diese Zahl realistisch berechnen, dann sind wir in Nordrhein-Westfalen ohne Über-treibung bei einer Million arbeitsloser Menschen.

Denn Sie zählen auch diejenigen nicht mit, die in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder in Qualifi-zierungsmaßnahmen bzw. krank geworden sind. Diese Personengruppen werden nämlich bei Ihnen für diese Zeit nicht aufgeführt.

Also: Wir haben ein riesengroßes Problem der Arbeitslosigkeit.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen - meine Damen und Herren, das ist eine besondere Problemgruppe - ist in dieser Zeit ebenfalls gestiegen, und zwar um ungefähr 15 %. Im Jahre des Amtsantritts des Kollegen Schartau waren es 294.000; im Dezember 2003 waren es 336.000.

Einzig die Zahl der älteren Arbeitslosen ist zu-rückgegangen, und zwar von 162.000 auf 100.000. Aber auch das ist nur der Statistik, nicht aber der Wirklichkeit zu verdanken.

Die Vorstellung, es würde in diesem Jahr besser, weil ein Miniwachstum angekündigt worden ist, geht doppelt in die Irre. Sie geht einmal in die Irre, weil das angekündigte Wachstum unterhalb der Wachstumsschwelle liegt, die in Deutschland notwendig ist, damit ein einziger neuer Arbeitsplatz entsteht. Das sind 2 bis 2,5 %, die wir brauchen, um Rationalisierungseffekte auszugleichen, sodass wirklich neue Arbeitsplätze entstehen. Ein Wachstum von 1,4 bis 1,8 % heißt in Wirklichkeit, dass Ende 2004 in Deutschland weniger Arbeitsplätze als Anfang 2004 vorhanden sein werden.

Da Nordrhein-Westfalen nun seit 20 Jahren im Wachstum dem Durchschnitt der westdeutschen Länder um rund 0,5 % hinterherhinkt, wird die Bilanz in Nordrhein-Westfalen noch einmal schlimmer sein, als wir sie für die gesamte Bundesrepublik Deutschland annehmen müssen. Das ist die Ausgangslage, vor deren Hintergrund wir uns den Haushalt anschauen müssen.

Nordrhein-Westfalen insgesamt ein solides Fundament, um über die genannten Bausteine Profilbildung, zukunftsfähige Strukturen, mehr Anreize und Qualitätssicherung den Reformprozess erfolgreich zu gestalten.

Im Vergleich zu den eingangs genannten anderen Bundesländern, in denen der Rotstift regiert, schaffen wir Leistungsfähigkeit in der Breite und fördern zugleich die Exzellenz in der Spitze. Deshalb brauchen wir uns nicht zu verstecken. Dafür stehe ich mit dem Hochschulkonzept 2010. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung, und zwar nicht nur für den Haushalt 2004/2005, sondern auch darüber hinaus für die großen gemeinsamen Reformanstrengungen, die wir in den nächsten Jahren noch vollbringen müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Ich bitte noch einmal um Entschuldigung. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte darauf hinweisen: Die Glocke ist ein Signal, das eine Reaktion Ihrerseits erhofft und erwartet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung über Einzelplan 06** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4806. Wer stimmt dieser Beschlussempfehlung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion so **angenommen**.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir holen nunmehr die ausgesetzte **Abstimmung zum Einzelplan 15** nach. Es gibt drei Abstimmungen.

Erstens stimmen wir über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4916** - Stichwort: Förderung der Berufsausbildung - ab. Wer stimmt dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP- und der CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Änderungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4917 - Neudruck** - zur Meistergründungsprämie abstimmen, die laufende Nr. 6 der vorliegenden Übersicht. Wer möchte diesem Antrag der FDP-Fraktion zustimmen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das erneut mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von FDP- und CDU-Fraktion **abgelehnt**.

Ich lasse nunmehr über den **Einzelplan 15** abstimmen, und zwar entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4815. Wer möchte dieser Beschlussempfehlung folgen? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU- und FDP-Fraktion so **angenommen**.

Ich rufe **Bereich 8** auf:

Verkehr

Damit ist der Einzelplan 8 - Ministerium für Verkehr, Energie und Landesplanung - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung in Drucksache 13/4808 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Hardt für die Fraktion der CDU das Wort. Ich bitte um etwas mehr Ruhe, damit wir dem Kollegen konzentriert folgen können. Bitte schön, Herr Hardt.

Heinz Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Landtag hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf für den Bereich Verkehr vorgelegt, der selbst vor den Koalitionsfraktionen keinen Bestand hatte. Richtigerweise hat der Verkehrsausschuss die von der Landesregierung verminderten Haushaltsansätze im investiven Bereich wieder auf das Niveau von 2003 gebracht.

Auch uns lag viel daran, diese Haushaltsansätze für die Verkehrsinvestitionen im ÖPNV und im Straßenbereich wieder auf den Stand des letzten Haushaltes anzuheben.

Dass die Landesregierung einen Doppelhaushalt für 2004 und 2005 vorlegt und die für unser Land so wichtige Verkehrsinvestition im Bereich ÖPNV mit 9,2 Millionen € und im Straßenbau mit 14,2 Millionen € streicht, zeigt, dass ihr Entwurf die Nöte des Landes nicht erkennt.

(Beifall bei der CDU)

Wer bei den letzten Beratungen zum vorliegenden Verkehrshaushalt die Hoffnung hatte, die geänderte Fassung würde im kommenden Jahr eine Steigerung bzw. Strukturverbesserung bringen, der sah sich getäuscht. In der Verkehrspolitik klappt zurzeit nicht viel, um es positiv zu formulieren.

Der Ministerpräsident möchte zwar das Land Nordrhein-Westfalen auch im Bereich der Verkehrspolitik positiv darstellen; aber es fällt einem verdammt schwer, dies so zu erkennen. Auch Mi-

nister Horstmann bemüht sich in seiner Einbringungsrede vor dem Verkehrsausschuss mit dem Satz: "NRW verfügt über eines der leistungsfähigsten Infrastrukturnetze der Welt." Dies ist mehr Traum als Wirklichkeit. Ich erinnere erstens an die fatalen Auswirkungen des Maut-Verzuges auf Straßenprojekte in NRW. Ich erinnere zweitens an die fehlende Infrastruktur im Bereich der DB und die Ankündigung der DB, in diesem Jahr keine Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Ich erinnere drittens: Im Bereich der Luftfahrt hat die Landesregierung von den fast einstimmigen Beschlüssen des Landtags 1991 für den größten Flughafen hier in Nordrhein-Westfalen noch nichts umgesetzt.

Rot-Grün ist vor den drei bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen unbeweglicher denn je. So ist die Realität in Nordrhein-Westfalen. Hoffnung auf Besserung aus Berlin ist ebenfalls nicht in Sicht.

Der von der rot-grünen Bundesregierung installierte Bahnvorstand mit Herrn Mehdorn an der Spitze schafft für NRW auch keine positive Nachricht. Verspätungen im Schienenpersonennahverkehr sind immer noch an der Tagesordnung. Fahrgäste sind verärgert, ja der Umstieg vom ÖPNV auf das Auto wird erwogen. Viele sagen und schreiben mir: Lieber bequem mit dem Auto im Stau als das Risiko bei Wind und Wetter mit der DB AG!

Meine Damen und Herren, bei unseren Gesprächen vor Ort klagen viele Bahnbenutzer, das Schlimmste sei die Unpünktlichkeit. Die Menschen können die Arbeitszeit nicht einhalten und befürchten durch diese Unregelmäßigkeiten den Verlust des Arbeitsplatzes. Die Antwort der Landesregierung, unterstützt von den Koalitionsfraktionen, liegt immer in der Beteuerung und dem Verlangen von größeren Fahrleistungen, während auch ihr langsam dämmern müsste, dass der ITF 2 mit seinen ca. 98 Millionen Zugkilometern den damit verbundenen ehrgeizigen Fahrplan in punkto Pünktlichkeit nicht umsetzen wird.

Allein die großen Gleisbauarbeiten im Raum Köln sind hierfür ein beredtes Beispiel. Dies Dilemma wird sich noch bis 2007, 2008 so hinziehen. Dazu kommen die Probleme der großen Verkehrsknotenpunkte der Hauptbahnhöfe Köln und Dortmund, die bis zur Fußballweltmeisterschaft 2006 nicht umgebaut sein werden.

Dies ist keine Schwarzmalerei, meine Damen und Herren, denn selbst im Bundesverkehrswegeplan, der bis zur Sommerpause verabschiedet sein wird, sind keine gesicherten Angaben dazu gemacht. Das größte Verkehrshindernis in Nordrhein-Westfalen sind die Versäumnisse der nicht

getrennten Schienenwege zwischen Fern- und Nahverkehr. Solange dies nicht beseitigt ist, wird es eine störungsfreie Optimierung zwischen den beiden Systemen nicht geben.

Nun kommt der "Hammer", der alle aufhorchen lassen sollte: Die DB will vorerst nicht in neue Gleisanlagen investieren. Mit dieser Politik kommen wir keinen Schritt weiter. Unser Land wird sogar Schaden nehmen.

Mit Pomp und großen Worten wird dies alles im teuersten Hotel Berlins verkündet. Nicht der Bahnkunde steht im Vordergrund, sondern vielmehr der Börsengang im Jahr 2005. Ich prophezeie Ihnen: Wenn dies Realität wird, werden wir dies in Nordrhein-Westfalen teuer zu bezahlen haben.

Vizepräsidentin Edith Müller: Entschuldigen Sie bitte, Herr Hardt. - Liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich bitte darum, den Geräuschpegel zu reduzieren.

Heinz Hardt (CDU): Die Machbarkeitsstudie zur Schnell-S-Bahn, die nach unseren Vorstellungen als Ring-Express-S-Bahn Rhein/Ruhr/Wupper in Bauabschnitten mit 160 km/h zu realisieren ist, wird pünktlich zur Landtagswahl im Frühjahr 2005 durch den Bund vorgestellt. Dann wird wohl auch die Antwort in Bezug auf die Finanzierung geliefert werden; denn das letzte Wort ist dazu noch nicht gesprochen.

Aber heute davon zu sprechen - wie es Minister Horstmann unlängst getan hat -, diese Schnellbahn von Köln nach Dortmund werde auf eigenen Gleisen zur Fußballweltmeisterschaft bereits fahren, ist für heute mehr Ankündigung als Durchbruch in der Verkehrspolitik.

Wenn ich mir die großen Ankündigungen des damaligen Ministerpräsidenten Clement vor der Landtagswahl in der Verkehrspolitik noch einmal vor Augen führe, so war da ebenfalls viel heiße Luft vorhanden. Das gilt natürlich auch in vollem Umfang für die Projekte des Anti-Stauprogramms. Die Auswirkungen des Maut-Verzuges auf die Straßenprojekte in NRW sind verheerend. Bisher hatte der Bundesverkehrsminister Stolpe immer behauptet, der Maut-Verzug habe keine Auswirkungen auf geplante Infrastrukturprojekte. Das Defizit müsse lediglich durch den Verkehrshaushalt erwirtschaftet werden. Ich sage Ihnen: Wenn das gemacht wird, dann kommt die gesamte Verkehrspolitik der Länder ins Rutschen.

Dementsprechend hatte auch unser Landesverkehrsminister Horstmann bei Haushaltseinbrin-

gung noch erklärt, er rechne mit einem planmäßigen Mitteleinsatz im Jahre 2004, und zwar in vollem Umfang für die Projekte des Anti-Stauprogramms. Sollte die jetzt vage Ankündigung von Toll Collect, ab 1. Oktober gehe es los - vielleicht zuerst mit technischen Vereinfachungen; keiner weiß es genau -, Realität werden, so fehlen dem Bund immerhin mehr als zwei Milliarden € an Mauteinnahmen. Rund 130 Millionen € fehlen alleine 2004 dem Land Nordrhein-Westfalen. Vor diesem Hintergrund sind diese Projekte natürlich nicht zu gestalten.

Nun soll ein eventueller Großkredit den Ausfall der Mauteinnahmen überbrücken. Ab 2005 sollen dafür 400 Millionen € - so ist es zu lesen - für Zinsen und Tilgung aufgebracht werden. Meine Damen und Herren, mit 20 % sind wir daran beteiligt. Das wären 80 Millionen €. Diese Kosten gingen dann für das Land Nordrhein-Westfalen verloren.

Für den Straßenbereich in Nordrhein-Westfalen gibt es ein Gutachten vom Mai 2002. Im Auftrag des Landesbetriebes ist dieses Gutachten erstellt worden. Es macht deutlich, wohin die Politik von Rot-Grün führt. 1995 hatten 32 % der Straßen in NRW einen schlechten bis sehr schlechten Zustand. Diese Prozentzahl ist bis zum Jahre 2002 erschreckend angestiegen: 55,4 % der Straßen in Nordrhein-Westfalen sind inzwischen in einem schlechten bis sehr schlechten Zustand. Nach den Ausführungen des Gutachters liegt der derzeitige Nachholbedarf bei 262 Millionen € in NRW.

Wenn diese Quote so bleibt, dann würde das bedeuten, dass wir in fünf Jahren eine Schadenssumme von immerhin 300 Millionen € bzw. in zehn Jahren einen Nachholbedarf von 490 Millionen € hätten. Das macht den schlechten Zustand unserer Straßen deutlich, und dieser schlechte Zustand steigt weiter dramatisch an. Das wiederum sind die schlechten Früchte Ihrer Politik, und das geschieht so seit Jahrzehnten.

Heute Vormittag haben wir im Verkehrsausschuss das Bauprogramm für 2004 beraten. Zehn neue Maßnahmen sind aufgeführt. Dieses Investitionsvolumen von 62 Millionen € wird in diesem Jahr mit 8 % - das entspricht 5,1 Millionen € - "anfinanziert"; denn mehr gibt der Doppelhaushalt nicht her. 92 % der finanziellen Belastungen durch diese Maßnahmen betreffen die kommenden Haushalte.

Bei den Maßnahmen für den Landstraßenbau sind für die Jahre 2004/2005 drei Millionen € vorgesehen. Gegenüber dem Haushalt des Jahres 2000 erreichen wir mit den 10 Millionen € nur noch 46 %. Das heißt: Überall gibt es hier Rück-

schrift. Das kann man bereits feststellen, wenn man nur die Haushalte der letzten zwei bis drei Jahre vergleicht. Hier wird eindeutig zulasten des Verkehrshaushaltes gespart; denn um 46 % ist der Gesamthaushalt gegenüber dem Jahr 2000 ja beileibe nicht gesunken.

Lassen Sie mich abschließend ein paar Takte zum Luftverkehr sagen: Da, wo Entscheidungen bzw. konstruktive Gespräche zwischen allen Betroffenen im Interesse der Luftfahrt getroffen, geführt oder moderiert werden müssen, ist Fehlanzeige auf der ganzen Linie zu verzeichnen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Hardt, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Heinz Hardt (CDU): Jawohl, Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss.

Mit Worten und Zaudern wird diese Landesregierung eine zielorientierte Luftverkehrspolitik für NRW nicht voranbringen. Ich sage Ihnen: Sie haben noch bis zum Mai 2005 Zeit. So lange sind Sie gewählt. In der verbleibenden Zeit haben Sie uns, den Bürgern und den Steuerzahlern in Nordrhein-Westfalen, eine zukunftsorientierte Politik für NRW, die uns weiter bringt und vor Schaden schützt, voranzubringen. Was Sie aber hier abliefern, meine Damen und Herren, reicht bis zum Mai 2005 nicht aus. Wir, die CDU, lehnen aus diesem Grunde den Verkehrshaushalt ab. - Danke schön.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Hardt. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Wirth das Wort. Bitte schön.

(Zuruf von der SPD: Sag mal, wie es wirklich ist!)

Gerhard Wirth (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mir heute Morgen sagen lassen, im Niederrheinischen gebe es einen Ausdruck, der "Diddelchen" heiße. Das heißt so viel wie "Kleinigkeit" oder "Nebensächlichkeit".

(Zuruf von der CDU: Was? Wie heißt das?)

Ich habe versprochen, dass ich dieses Wort hier verwenden werde. Dass das aber so treffend auf Ihren Beitrag passt, wusste ich nicht, bevor ich diese "Aufgabe" übernahm.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Aber, in der Tat: Herr Hardt, ich hätte erwarten können, dass Sie nicht zum Haushalt, sondern vielmehr zur Bahnsituation in NRW reden.

Ich könnte Ihnen zehn Minuten lang etwas darüber erzählen. Das haben wir ja schon in vielen Sitzungen gemacht, z. B. in Aktuellen Stunden. Sie waren ja auch schon auf Bahnhöfen und haben demonstriert, Schilder hochgehalten und Flugblätter verteilt. Nichts ist besser geworden. Also arbeiten wir nun daran, dass es besser wird.

Wir haben uns bei diesen Haushaltsberatungen davon leiten lassen, möglichst wenig Leistungseinschränkungen für die Bürger in Kauf zu nehmen, obwohl die Kassen relativ leer sind. Das ist ja unser Problem. Deswegen haben wir zwei Schwerpunkte gesetzt - ich habe Ihnen das bereits im Verkehrsausschuss vorgetragen -, nämlich zum einen die Stärkung der Investitionen im Landesstraßenbau, was auch Sie erkennen, und zum anderen den Leistungsabbau im SPNV. Beides haben wir als Koalitionsfraktionen beraten und als Anträge - das haben Sie richtig dargestellt - eingebracht, um den Entwurf der Landesregierung zu verändern. Erfreulicherweise haben Sie bei dem einen oder anderen Punkt mitgestimmt und sogar eigene Anträge - wortwörtlich von unseren übernommen - gestellt. Das ist ja auch nichts Schlimmes, sondern zeigt nur, dass unsere Anträge so gut waren, dass Sie sie nicht verbessern konnten. Sie haben allerdings auch Fehler übernommen; das habe ich Ihnen damals schon gesagt.

Ich hätte mir allerdings für die Haushaltsberatung gewünscht, dass Sie mir genauer begründen, warum Sie für die Ausfinanzierung der Metrorapid-Planung 3 Millionen € ausgeben wollen, während wir nur 1 Million € veranschlagt haben. Sie wollen also diese Mittel erhöhen. Daran kann man erkennen, wie wichtig und wie ernsthaft Sie diese Haushaltsberatungen betrieben haben. Es hat sich auch in Ihrem heutigen Wortbeitrag gezeigt, dass Sie zum Haushalt wenig zu sagen haben.

Wir haben bei allen Schwierigkeiten den Haushaltsansatz für den Landesstraßenneubau auf 67 Millionen € - nicht 62 Millionen €, wie Sie vorgetragen haben - erhöht und - das haben wir heute im Bauprogramm verabschiedet bzw. im Benehmen mit dem Ministerium festgestellt - festgelegt, dass weitere zehn Maßnahmen in das Bauprogramm aufgenommen werden sollen.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

Herr Hardt, Sie sind jemand, der mit am längsten in diesem Hause ist. Sie sollten wissen, dass eine solche Maßnahme nicht in einem Jahr, sondern

über viele Jahre gebaut wird. Zum Teil müssen noch Grundstückskäufe getätigt werden. Alle Maßnahmen, die auch heute im Bauprogramm aufgeführt und fertig sind, haben Sie nicht genannt.

Darüber hinaus erinnere ich - das tue ich gerne, weil das aus meiner Sicht eine Erfolgsstory ist; ich bitte Sie, sich das einmal anzusehen - an den Tunnelbau in Wuppertal, wo die Röhre durchgestoßen ist, und an den Tunnelbau in Plettenberg. Diese beiden Maßnahmen, die die teuersten Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen sind und 100 Millionen € ausmachen, vergessen Sie. Diese sind im Bau. Mit dem Tunneldurchstich in Plettenberg wird in wenigen Wochen begonnen. Die Maßnahmen sind vorzeitiger, sind also so zügig im Bau, wie man das vorher nicht hätte erwarten können. Solche Sachen sollten Sie einmal vortragen und nicht das, was in Nordrhein-Westfalen alles nicht passiert ist. Es passiert nämlich hier sehr viel im Straßenbau.

Wir sind uns völlig einig, dass wir im Bereich des SPNV Verbesserungen benötigen. Ich teile auch Ihre Auffassung - das wissen Sie - bezüglich einer Trennung von Netz und Betrieb. Wir arbeiten im Moment daran. Wir werden den Landtag mit diesem Thema noch einmal beschäftigen, weil es völlig unbefriedigend ist, welche Leistung uns hier geboten wird für die Milliarde, die das Land in der gesetzlichen Eigenschaft an Dritte bezahlt, nämlich im Wesentlichen an die DB AG. Über diesen Hebel müssen wir etwas verändern. Ich glaube nicht, dass wir andere Möglichkeiten haben. Hier nützt weder das Demonstrieren noch das Flugblattverteilen, sondern hier muss man ernsthaft an Grunddinge wie die Trennung von Netz und Betrieb heran. Ich glaube, hierin sind wir uns einig.

Aber auch der ITF 2 ist eine Erfolgsstory in Nordrhein-Westfalen. Die mehr als 100 Millionen Zugkilometer, die im Moment gefahren werden, sind sehr gut angenommen worden. Die Steigerungszahlen im ÖPNV und SPNV haben das gezeigt. Auch Ihre Vorstände in den Zweckverbänden - das sind ja in aller Regel aufgrund der Mehrheitsverhältnisse CDU-Landräte oder CDU-Kreisdirektoren - bestätigen das und sagen, dass das eine Erfolgsstory ist. Ich habe gerade noch ein Gespräch mit einem der Herren geführt. Das wird nicht bestritten. Leider ist das, was unter dem Strich dabei herauskommt, nicht das, was wir uns alle wünschen. Hier müssen wir in der Tat die Qualität noch etwas verändern.

Zum Schluss meiner heutigen Bemerkungen will ich noch einige Ausführungen über den Ausbauplan machen. Bei den zehn Maßnahmen, die wir

auch heute Morgen besprochen haben, handelt es sich ja nicht um kleine Maßnahmen. Ich weiß wovon ich spreche. Ich rede z. B. von einer speziellen Maßnahme, die in meinem Heimatbereich notwendig und wichtig ist, nämlich die Querverbindung aus dem oberbergischen Raum an die A 45. Diese Maßnahme kostet mehr als 20 Millionen €. Hiermit wird jetzt endlich begonnen. Die Bürger warten darauf. Auch die Ratskollegen von der CDU, der FDP und von anderen Fraktionen bei mir in der Stadt warten darauf und sagen: Zum Glück fangt ihr endlich damit an. - An ganz vielen Stellen - ich denke nur an den Kollegen Langen und Bad Berleburg - sind Maßnahmen dringend notwendig, wo die CDU-Bürgermeister mich ansprechen und sagen: Wir brauchen diese Straße, helft uns endlich, dass wir damit anfangen. - Wir sind auf dem richtigen Weg. Ich glaube, dass wir die wenigen Mittel, die wir zur Verfügung haben, vernünftig und gut eingesetzt haben.

Ich komme zum Schluss. Sie sagen, die Straßen in Nordrhein-Westfalen seien, was den Unterhaltungsstandard angeht, in einem schlechten Zustand. Ich will nicht in die Leier fallen und sagen, dass das in anderen Ländern auch so ist. Es ist aber in Bayern so. Die Staatsstraßen sind zum Teil wesentlich schlechter als unsere. Das hat aber nichts mit der CSU in Bayern zu tun, und die Zustände der Straßen in NRW haben auch nichts mit der SPD in Nordrhein-Westfalen zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass wir in den letzten zehn Jahren sehr viel Geld für Straßen in anderen Bundesländern ausgegeben haben und ausgeben mussten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben sehr viel Geld für andere Straßenbauprojekte über einen Umweg, nämlich über die Solidarfinanzierung, ausgegeben. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten dieses Geld für die Unterhaltung der Straßen in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gehabt! Es ist so. Dem muss man sich stellen. Die Zustände unserer Straßen darf man nicht einer Regierung ankreiden, die für ein Land wie Nordrhein-Westfalen mit einem der größten Straßennetze in der Bundesrepublik zuständig ist und aus meiner Sicht eine gute Politik betreibt. Unsere Fraktion hat gezeigt, dass wir in diesem Bereich einen Schwerpunkt setzen, nämlich die Stärkung des Straßenbaus und damit auch der Investitionskraft und der Unternehmen, die in den Bereichen tätig sind. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Wirth. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein leistungsfähiges Verkehrssystem ist ein wesentliches Schlüsselement für Wachstum und Beschäftigung. Wie sieht denn die diesbezügliche Situation hier in Nordrhein-Westfalen aus? Hat NRW tatsächlich ein leistungsfähiges und bedarfsgerechtes Verkehrssystem?

Nein, meine Damen und Herren: Wir haben Rekordstaus auf den Autobahnen. Wir haben Städte und Gemeinden, die seit Jahrzehnten auf Umgehungsstraßen warten. Der Sanierungsstau der Landesstraßen wächst von Jahr zu Jahr. Notwendige Ausbaumaßnahmen der Flughäfen werden blockiert. Die Engpässe im Schienenbereich werden nicht beseitigt.

Nordrhein-Westfalen hat ein dichtes Verkehrsnetz; das stimmt. Dieses Netz entspricht aber nicht dem Bedarf und den Leistungsanforderungen. Die vor allem zur Berufsverkehrszeit katastrophalen Verhältnisse werden in ständigen Beurteilungen von Industrie, Wirtschaft, Mittelstand und Verbänden sowie von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes fast täglich besonders deutlich.

Meine Damen und Herren, die NRW-Wirtschaft stagniert bzw. schrumpft seit drei Jahren: 2001 plus 0,3 %, 2002 minus 0,2 % und 2003 minus 0,3 %.

Die Regierungsfractionen haben in der Begründung zu ihren Straßenbauanträgen den Zusammenhang zwischen Verkehrsinfrastruktur und Wirtschaftsentwicklung hergestellt. Dieser Zusammenhang ist richtig. Eine solche Feststellung in der Begründung bringt aber überhaupt nichts, wenn die Haushaltsansätze - wie in den vergangenen Jahren - überhaupt nicht dem Bedarf entsprechen.

In Wahrheit ignoriert Rot-Grün den Zusammenhang zwischen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Dringend notwendige Investitionen unterbleiben aufgrund falscher Prioritätensetzungen im Landeshaushalt.

Das Niveau der Investitionen in das Landesstraßennetz ist heute nur noch rund halb so hoch wie in den 80er-Jahren, obwohl sich der Bedarf seitdem massiv erhöht hat. Herr Wirth, das ist doch der Grund für den schlechten Zustand der Landesstraßen in NRW; denn wir geben dafür nicht

einmal mehr die Hälfte des Geldes aus wie in den 80er-Jahren.

(Beifall bei der FDP)

Das können wir nicht irgendwelchen Leuten in die Schuhe schieben; da ist diese Regierung selbst schuld.

Um dem Sanierungsstau der Landesstraßen zu begegnen, hat die Landesregierung einen Finanzbedarf von jährlich 120 Millionen € festgestellt. Im Haushalt sind aber nur 48 Millionen € vorgesehen. Das bedeutet, dass der Sanierungsstau immer weiter wächst und dass u. a. immer mehr wichtige Brücken für LKWs und Busse oder teilweise sogar komplett gesperrt werden.

Meine Damen und Herren, das Land schiebt aber nicht nur einen riesigen Sanierungsstau vor sich her. Auch der Landesstraßenbauplan ist völlig unterfinanziert. Im Koalitionsvertrag wurden Ansätze für die Finanzierung des Landesstraßenbaus festgelegt, die schon damals von vielen Fachleuten als viel zu niedrig bewertet wurden. Landauf, landab wurde von einer erfolgreichen grünen Blockadepolitik gesprochen.

Herr Wirth, natürlich werden Landesstraßen gebaut; Sie haben eben einige aufgezählt. Es sind aber nach wie vor viel zu wenige, die gebaut werden. Tatsächlich werden nicht einmal mehr die Festsetzungen des Koalitionsvertrags erreicht.

Die Aussage des verkehrspolitischen Sprechers der Grünen im Verkehrsausschuss ist bezeichnend. Herr Keymis sagte dort: Selbst die Ansätze in diesem Jahr für den Straßenbau sind noch zu hoch.

Meine Damen und Herren, so können wir unsere Probleme nicht lösen. Daran wird die mangelhafte Verkehrspolitik deutlich, die dieses Land trotz eines extrem steigenden Verkehrsaufkommens, trotz eines erheblich wachsenden Sanierungsbedarfs, trotz Preissteigerungen und trotz erhöhter Steuereinnahmen betreibt.

Nicht nur im Bereich des Straßenbaus gefährdet Rot-Grün die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes. Wer die Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen bekämpfen will, muss die Jobmaschine Luftverkehr nutzen. Die Grünen haben dagegen nichts anderes im Sinn, als diese Jobmaschine kaputtzumachen. Wo es eben geht, wird der Ausbau der Luftverkehrsinfrastruktur blockiert.

Der Änderungsantrag zum Flughafen Düsseldorf ist überflüssig und schwächt erneut die Position des Verkehrsministers und dieser Regierung.

Die notwendige Verlängerung der Start- und Landebahnen der Verkehrslandeplätze wurde zunächst durch ein überflüssiges Gutachten behindert, das bis heute nicht vorliegt. Durch einen rot-grünen Antrag werden jetzt auch noch die von der Landesregierung veranschlagten Haushaltsmittel fast völlig gesperrt. Das Ziel dieser Aktion ist doch eindeutig: Die Freigabe der Mittel soll so lange wie möglich blockiert werden - am besten, bis die Verkehrslandeplätze, zumindest einige, ihren Betrieb einstellen.

Meine Damen und Herren, mit der in diesem Hause einstimmig beschlossenen Luftverkehrskonzeption hat das überhaupt nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der FDP)

Die Worte des Vorsitzenden des Verkehrsausschusses, Manfred Hemmer, der gesagt hat: "4 km Straße führen ins Nichts, 4 km Start- oder Landebahn in die weite Welt", verlieren immer mehr an Bedeutung - leider.

Vielleicht hat Herr Hemmer aber Recht, wenn er öffentlich die Realisierung des Metro-Express bezweifelt. Meine Damen und Herren, vorrangig ist doch nicht nur ein neues Fahrzeug auf schon bestehenden Schienen; vorrangig ist vielmehr die Beseitigung der Engpässe in der Schieneninfrastruktur - verbunden mit Zügen, die pünktlich und nicht total überfüllt sind.

Wir dürfen keine neue Phantomdiskussion führen und damit erneut viel Zeit verschenken, sondern müssen endlich die wirklichen Probleme anpacken. Dann könnte der ITF 2 wirklich zu einer Erfolgsstory werden, lieber Herr Wirth.

Im ÖPNV wollte die Landesregierung die Zugkilometer kürzen. Die Koalition hat diese Kürzung zurückgenommen und reduziert die Aufgabenträgerpauschale von 500.000 € auf 150.000 €.

Meine Damen und Herren, mit dieser und auch mit weiteren begleitenden Entscheidungen vernichten Sie mittelfristig die ÖPNV-Strukturen im ländlichen Raum. Diese Landesregierung benachteiligt die Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum nach wie vor und zunehmend.

Wenn wir uns diesen Landeshaushalt anschauen, hat der notwendige Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in dieser Landesregierung keine Bedeutung. Die Verkehrspolitik ist, wie die Niederrheiner sagen - Herr Wirth hat es eben auch gesagt -, zum "Diddelchen", zur Nebensache, geworden.

Zur Nebensache darf die Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen aber nicht werden. Die wirtschaftliche Entwicklung und der Ausbau der Verkehrs-

infrastruktur gehören zusammen. Wer notwendige Investitionen unterlässt, gefährdet den Wirtschaftsstandort NRW immer mehr.

Die FDP will durch mutige, aber durchaus mögliche Umschichtungen im Landeshaushalt die Staus reduzieren, die Mobilität erhöhen und die Wirtschaftsentwicklung dieses Landes nachhaltig fördern.

Meine Damen und Herren, den Stillstand in der Verkehrspolitik kann dieses Land nicht länger verkraften. NRW braucht nicht nur einen Politikwechsel. NRW braucht auch einen Regierungswechsel. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Rasche. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Wirth hat vom „Diddlchen“ gesprochen. Das ist ein schönes rheinisches Wort für Kleinigkeiten, auch für kleine Überflüssigkeiten. Und so wie es teilweise auf die Rede von Herrn Hardt anzuwenden war, so kann man es natürlich auch, Herr Kollege Rasche, auf Ihre Rede anwenden. Das, was Sie hier stereotyp und im Grunde auch jedes Jahr gleich lautend - ich bin nun auch schon so lange dabei, dass ich das schon ein paarmal habe hören dürfen - gesagt haben oder sagen, ist für uns alle wenig spannend, weil Sie eigentlich immer nach derselben Methode verfahren. Sie werfen uns vor, dass wir Dinge schönreden.

(Christof Rasche [FDP]: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich bin der Meinung, dass dieser Vorwurf nicht trifft. Sowohl in der Rede meines Koalitionspartners als auch in dem, was ich gleich noch ausführe, haben Sie bemerkt bzw. werden Sie feststellen: Uns ist klar, dass in schwierigen Zeiten Schönreden nicht hilft.

Aber noch schlimmer ist es, finde ich, in schwierigen Zeiten Dinge schlechtzureden. Das ist dann wirklich verantwortungslos gegenüber den Menschen. Das schürt Ängste. Das schürt sozusagen das Problembewusstsein in einer Weise, dass man für die Dinge, die funktionieren, immer weniger ein Gefühl hat.

Das gilt für Fragen der Pünktlichkeit der Bahn genauso wie für das, was Sie z. B. zu dem Thema „Stau ohne Ende“ ausführen.

Wir haben Staus auf unseren Straßen, und die sind dadurch bedingt - das können Ihnen Verkehrswissenschaftler schnell darlegen -, dass wir einfach wahnsinnig viele Fahrzeuge auf den Straßen haben. Wir haben in Nordrhein-Westfalen weit über 10 Millionen Kraftfahrzeuge auf dem Straßennetz. Das ist ungefähr so viel wie auf dem gesamten afrikanischen Kontinent.

Damit sind wir in einer der dichtbesiedeltesten Regionen der Erde besonders belastet. Und da sind Staus sozusagen auch eine Selbstverständlichkeit, nämlich dann, wenn der Verkehr in bestimmten Teilen zu dicht aufläuft.

Es ist also nicht so, dass irgendeine Regierung diesen Stau zu verantworten hat, sondern die Menge des Verkehrs erzeugt natürlich auch in einem gut ausgebauten Straßennetz wie dem unseren Probleme.

Die lassen sich eben nicht nur durch Straßenneubau oder -ausbau auffangen, Herr Rasche, sondern die lassen sich insbesondere nur dann in den Griff nehmen, wenn man es schafft - und darum haben wir uns in den letzten Jahren bemüht und werden das weiter tun -, den Menschen alternative Angebote zu ermöglichen, z. B. auf die Bahn oder den Bus umzusteigen, so, wie wir das in den vergangenen Jahren immer herausgestellt haben.

In Anspielung auf den ITF II, Herr Kollege Hardt: Das ist ja eine Vereinbarung, die mit der Bahn und allen Beteiligten getroffen worden ist. Alle wollen sich bemühen, diesen sehr anspruchsvollen Plan umzusetzen und diese dichten Vertaktungen auch wirklich zu fahren. Das ist nicht immer leicht. Dafür gibt es verschiedene Bedingungen. Wir haben das im Ausschuss verschiedentlich erörtert.

Insofern wissen wir, dass wir uns etwas Anspruchsvolles vorgenommen haben. Und in Zeiten, wo es unter Umständen auch aus meteorologischen Gründen schwierig ist, ist es eben nicht ganz so leicht, diesen Plan umzusetzen. Auch gibt es technische Probleme - wir haben das auch erörtert -, die eine Rolle spielen.

Es besteht aber trotzdem das politische Bemühen - ich glaube, das sollten Sie auch anerkennen -, hier Verbesserungen über die dichte Vertaktung des Schienenpersonen- und auch des Omnibusverkehrs zu erreichen.

Von daher sollte man in schwierigen Zeiten Bestehendes und Bewährtes, aber auch Dinge, die man gerade in Angriff genommen hat, nicht schlechtreden.

Leider Gottes fehlt es auch in den Beiträgen seitens der Opposition zur Verkehrspolitik völlig an konstruktiven Vorschlägen. Sie werfen uns vor, dass Teile der Koalition blockieren und dass sich Teile der Koalition nicht genügend durchsetzen. Aber Sie sagen an keiner Stelle, wie Sie es und mit welchen Mitteln Sie es denn machen wollen.

Ihr entscheidender Änderungsvorschlag bezog sich - Herr Rasche, Sie von der FDP haben ja Vorschläge gemacht - auf den Straßenausbau, und da haben Sie mal eben 300 Millionen € in die Hand genommen und gesagt: Damit bauen wir jetzt die Straßen NRWs aus. Sie haben bis jetzt weder im Ausschuss noch in Ihrem Beitrag gerade erklärt, woher sie den Betrag nehmen wollen.

Deshalb ist das natürlich eine Politik, die die Leute nicht besonders überzeugen kann. Nur von mehr Geld zu reden, ohne dass man es herbeibringt, hilft den Menschen nicht weiter. Und außerdem kritisieren Sie an anderer Stelle ja die Bemühungen, Mittel da, wo es noch möglich ist, locker zu machen, um entsprechende Projekte voranzutreiben. Aus diesen Gründen finde ich Ihre Argumentation ausgesprochen schwierig, wenig nachvollziehbar und überhaupt nicht überzeugend.

Zum Thema Knotenausbau hat eben Herr Hardt gesprochen. Es ist unser Hauptproblem, dass wir in Nordrhein-Westfalen nicht nur auf der Straße Engpässe haben, sondern auch auf der Schiene.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns bemüht, in den Bundesverkehrswegeplan die entsprechenden Bedingungen hineinzubringen, die für Nordrhein-Westfalen unabdingbar sind. Dazu gehören auch die beiden Knotenausbauten in Dortmund und in Köln, weil uns klar ist, dass die Zukunft des gesamten Bahnnetzes in dieser Republik, aber auch in NRW, von zügigen und pünktlichen Durchflüssen abhängt.

Unser Engagement ist auch anerkannt, und wir hoffen sehr, dass mit dem Beschluss im Sommer in Berlin der Bundesverkehrswegeplan in den entsprechenden Schienenwegeausbauplan mündet und wir ein Stück vorankommen, was zwingend und dringend ist.

Ich will gerne auch noch auf die sehr grundlegende Frage von Freiraumverbrauch eingehen, die in den Reden hier überhaupt keine Rolle gespielt hat, die ich aber gerade dann, wenn man über Verkehrspolitik spricht, immer im Auge habe.

Es geht eben nicht darum, Herr Rasche, einfach nur immer mehr Straßen zu bauen, sondern man muss - und das mit Rücksicht auch auf die Menschen, die hier leben - sehen, wo und wie das

verantwortlich geht. Darum bemühen wir uns in der Koalition. Ich habe auch den Eindruck, dass wir das durchaus mit Erfolg tun.

An manchen Stellen sind die Grünen da weniger zufrieden. Sie haben mich zitiert, allerdings ungenau, indem Sie gesagt haben, ich hätte davon gesprochen, das wäre noch zu viel Geld, das wir da ansetzen.

Ich meine mich zu erinnern, gesagt zu haben: Im Verhältnis zu dem, was wir an Erhaltungsmaßnahmen verausgaben, ist der Neubauetat aus meiner Sicht zu hoch. Wir haben 67 Millionen € im Neubauetat und 48 Millionen € im Straßenerhaltungsetat.

Damit befinden wir uns aus meiner Sicht in einem gewissen Ungleichgewicht, weil wir beim Erhalt von Straßen auch Probleme haben und die Menschen - jedenfalls ist das meine Erfahrung - klagen, dass sie dieses gern verbessert hätten. Also, da sehe ich ein Ungleichgewicht. Aber mir ist in der Gesamtbetrachtung des Haushalts auch klar, dass diese Mittel nur bedingt verschiebbar sind. Und wir wissen - deshalb vertritt unsere Fraktion das so mit -, dass diese investiven Mittel erforderlich sind. Ich glaube, dass wir an der Stelle in den letzten Wochen und Monaten insgesamt einen konstruktiven Dialog genau zu diesen entscheidenden Fragen hatten.

Uns ist aber noch etwas anderes wichtig: Zum Beispiel haben wir auch - Sie haben das gar nicht erwähnt - für den Radverkehr positive Beschlüsse gefasst. Wir haben die Mittel wieder auf den Ansatz von 2003 aufstocken können, nachdem der Entwurf der Regierung beim Radwegebau an Landesstraßen weniger Geld vorgesehen hatte. Aus grüner Sicht ist das ein wichtiges Kapitel, weil immer mehr Menschen gerne auf dieses Verkehrsmittel ausweichen.

Wir haben die Aufgabenträgerpauschale in der Diskussion. Sie haben das angeführt. Dabei ging es aber nicht darum, irgendwelche Kürzungen vorzunehmen, sondern andere Kürzungen zu vermeiden. Das haben wir versucht.

Wir haben einen neuen Topf für innovative Projekte im ÖPNV-Bereich geschaffen und diesen mit 1 Million € ausgestattet, inklusive der Möglichkeit, ihn durch Rückflüsse aus bestimmten Mitteln der Regionalisierung oder aus Pönalen um bis zu 15 Millionen € aufzufüllen - also eine Art innovatives Konzept, das mehr Wettbewerb zwischen denjenigen fördert, die moderne Konzepte im ÖPNV anbieten. Das finden wir prinzipiell begrüßenswert.

Das gilt ebenso für die Tatsache, die Kollege Wirth angesprochen hat, dass wir Grünen - wir haben das auch auf Bundesparteitagen schon öfter deutlich gemacht - viel Sympathie für die Trennung von Netz und Betrieb haben, weil wir glauben, dass sich im Wettbewerb auf der Schiene manches verbessern ließe.

(Zuruf von Heinz Hardt [CDU])

Insofern sind das sehr konsequente Ansätze. Da, wo wir können, Herr Hardt, machen wir den entsprechenden Druck. Auch unsere Fraktionsklauseur in Berlin haben wir genau zu solchen Gelegenheiten genutzt.

Letztlich möchte ich noch einen ganz entscheidenden Punkt ansprechen: Wir haben auch für die NE-Bahnen wettbewerbsfördernde Mittel bereitgestellt und gemeinsam erkannt, dass wir den Kürzungsvorschlägen nicht folgen können.

Ein Satz zur Flughafenausbaupolitik: Ich glaube, ganz so leicht, wie Sie es sich machen, Herr Rasche, kann man das nicht beschreiben. Gerade beim Düsseldorfer Flughafen liegt das wesentliche Problem nicht in einer Verlängerung von Start- oder Landebahn, sondern an anderen Stellen. In Köln haben wir eine Interkontinentalbahn, von dort fliegt aber meines Wissens zurzeit kein Flugzeug nach Tokio ab.

Wir haben insgesamt auf der einen Seite eine sehr gut entwickelte Infrastruktur, und die Menschen wissen das.

Auf der anderen Seite - das fällt in Ihren Reden völlig heraus - fühlen sich viele Menschen durch den zunehmenden Verkehr, sei es in der Luft, auf der Straße oder auf der Schiene, insbesondere durch Lärm, Abgase und Verdreckung der Landschaft betroffen. Das muss man bei einer verantwortungsvollen Verkehrspolitik im Auge haben.

Insofern helfen die von Ihnen immer wieder aufgestellten Pauschalforderungen, dass alles nur mit einem Mehr sinnvoll zu bewältigen wäre, aus Sicht der Grünen-Fraktion nicht weiter.

Insgesamt also meine Bitte an Sie: Versuchen Sie es das nächste Mal etwas konstruktiver, machen Sie Vorschläge, die den haushalterischen Realitäten entsprechen, und geben sich nicht mit den "Diddlschen" ab, die Sie hier vorgeführt haben. Die helfen uns und den Menschen nicht weiter. Für sie machen wir die Politik. Die Menschen wissen das, auch wenn bestimmte Stimmungen das nicht immer so zum Ausdruck bringen, wie Sie und ich das gerne hätten.

Klar ist auf jeden Fall, dass wir Grünen gut mit diesem Haushalt leben können und glauben, gemeinsam mit der SPD-Fraktion an den wesentlichen Punkten die entscheidenden Verbesserungen gegenüber dem Entwurf zustande gebracht zu haben. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das rheinische Wort "Diddlschen" kannte ich bisher nicht. Ich weiß auch nicht, ob ich es ganz treffsicher übersetze. Im westfälischen Sprachgebrauch sähe ich zwei Möglichkeiten, Herr Kollege Hardt:

Einmal könnte man sagen, dass vielleicht das gemeint ist, was der Westfale Kinkerlitzchen nennt. Das würde bedeuten, es ginge wirklich um Kleinigkeiten. Darum geht es im Verkehrshaushalt aber eigentlich nicht, allenfalls bei der geübten Kritik.

Man könnte es vielleicht auch mit Nickeligkeiten übersetzen. Dann ginge es um eine kleinkarierte Kritik an großen Sachen. Vielleicht ist das gemeint, aber das wäre glatt falsch; denn wir reden über große Dinge, die eigentlich keine kleinkarierte Kritik, beispielsweise im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs, zulassen sollten.

Ich will - das werden Sie mir nicht verübeln - die gute Nachricht an den Anfang stellen: Obwohl auch die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs in Nordrhein-Westfalen nicht ganz außerhalb des Einflusses der Konsolidierungsbemühungen bleibt, geben wir in Nordrhein-Westfalen wie im Jahre 2003 auch im Jahre 2004 und 2005 ca. 1,5 Milliarden € für den öffentlichen Verkehr aus. Das festigt unsere Position als ÖPNV-Land, insbesondere als Bahn-Land.

Bevor wir zu dem kommen, was tatsächlich kritikwürdig ist, möchte ich deshalb zunächst einmal sagen: In einer Aufstellung der Probleme, mit denen wir uns in Nordrhein-Westfalen im öffentlichen Personennahverkehr zweifellos auseinandersetzen müssen, ist der quantitative Umfang der vom Land bereitgestellten Mittel sicher nicht der wesentlichste und auch nicht der zweitwesentlichste Punkt, den man nennen könnte.

Ich will damit verdeutlichen, dass wir kein Quantitätsproblem haben - insbesondere gilt das für den SPNV; was mit dem ITF II geleistet wird, ist bedarfsgerecht -, sondern in allererster Linie ein Qualitätsproblem. Ich habe meine Zweifel, ob mehr finanzielle Mittel das probate Instrument sind, um diesem Qualitätsproblem zu Leibe zu rücken. Ich glaube, es geht um andere Dinge.

Darüber haben wir uns in den letzten Wochen ausführlich auseinander gesetzt und sind auch ein Stück weitergekommen. Die Bahn hat die Forderungen, die die Landesregierung und der Verkehrsausschuss des Landtages gestellt haben, durchaus weitgehend erfüllt und sich bemüht, ihnen entgegenzukommen.

Wir sind auf unserer Seite nicht untätig geblieben. Mit der Gründung der Managementgesellschaft "Agentur Nahverkehr Nordrhein-Westfalen" haben wir die Auftraggeberseite in diesem Geschäft wesentlich besser aufgestellt. Das hinterlässt bereits heute seine Spuren, durchaus auch im Hinblick auf die Frage, wie wir den Winterfahrplan 2004 ff. bewältigen. Das kommt auf uns zu wie der nächste Herbst.

Ich will an dieser Stelle noch einmal wiederholen, meine Damen und Herren: Die Landesregierung wird im Laufe des Jahres 2004 eine bundesweite Initiative unternehmen, die Rechte der Fahrgäste, aber auch der öffentlichen Auftraggeber im Schienenpersonennahverkehr zu verbessern und zu stärken. Es ist überdeutlich geworden, dass das fällig und notwendig ist.

Obwohl über die Schieneninfrastruktur gesprochen werden muss, möchte ich mich nicht so schnell einer Auffassung anschließen, Herr Kollege Hardt, die lautet: So wie der ITF II heute ist, ist er eigentlich gar nicht fahrbar. - Ich glaube schon, dass er fahrbar ist, wenn der Vertragspartner insbesondere die erforderlichen infrastrukturellen Leistungen erbringt.

Ich bemängele ausdrücklich noch einmal, dass die DB AG zusagewidrig im Jahre 2003 wesentliche Voraussetzungen, den ITF II fahren zu können, immer noch nicht erbracht hat. Unsere Anstrengungen und unser Drängen gehen dahin, dass dies endlich geschieht und von der Bahn nicht nur positiv beantwortet wird.

Im Bereich der Schieneninfrastruktur ist das richtig, was Kollege Rasche gesagt hat. Das räume ich ganz offen ein. Im Wesentlichen geht es in Nordrhein-Westfalen um eine Verbesserung der Schieneninfrastruktur; und sicher auch darum, dass wir ein Fahrzeug brauchen, das in der Metropolregion Rhein-Ruhr einen schnellen Verkehr

möglich macht. Die Forderung nach Fernverkehrsqualität steht außer Zweifel.

Nur: Der Rhein-Ruhr-Express ist nicht in erster Linie ein neues Fahrzeug. Er ist auch ein neues Fahrzeug, aber in erster Linie ist er eine Maßnahme zur Verbesserung der Schieneninfrastruktur, die es ermöglicht, einen schnellen Verkehr auf besonderen Gleisen durchzuführen, eine Entmischung von Verkehren zu bekommen und damit auch einen Beitrag dafür zu leisten, in Nordrhein-Westfalen einen qualitativ guten Fernverkehr und Nahverkehr fahren zu können.

Ich rechne damit, dass wir im Jahre 2004 - das ist jedenfalls die Planung und Anstrengung der Landesregierung - zu Finanzierungsvereinbarungen und -verabredungen mit dem Bund kommen, so dass mit dem Bundeshaushalt 2005 auch Klarheit darüber besteht, dass dieses Projekt in Nordrhein-Westfalen tatsächlich finanziert wird.

Wenn wir bei den Investitionen sind, will ich auch das Thema Bahnhöfe nicht verschweigen. Ich habe Ihnen im Verkehrsausschuss berichtet, dass sich die Bahn zurzeit nicht in der Lage sieht, die mit uns vertraglich vereinbarte Modernisierungsoffensive für 109 Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen zu realisieren.

Das kann ich nur mit Empörung zur Kenntnis nehmen. Gleichwohl kann ich es nicht unmittelbar ändern. Das Verkehrsministerium ist in intensiven Gesprächen und Verhandlungen mit der Bahn, um wenigstens erhebliche Teillösungen zu realisieren, und ich dränge darauf, dass dies auch geschieht.

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hardt zu?

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ja, bitte, Herr Hardt.

Vizepräsidentin Edith Müller: Bitte schön, Herr Hardt.

Heinz Hardt (CDU): Herr Minister, Sie haben vorhin mehrfach das Wort "Diddlchen" bemüht. Nachdem Sie sich öffentlich geäußert haben, dass dieser Express schon zur Fußballweltmeisterschaft im Jahre 2006 schon auf eigenen Gleisen fahren sollte - wie auch immer -, möchte ich sagen, dass das wirklich nur ein Diddlchen von der Strecke ist, die von Köln nach Dortmund führt.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Ich glaube, wir sind uns alle einig darin, Herr Kollege Hardt - und ich denke, das entspricht auch Ihren sonst schon geäußerten Vorstellungen -, dass wir ein solches Vorhaben mit dem Investitionsaufwand, um den es geht, schrittweise verwirklichen werden. Ich sehe niemanden in diesem Hause, der von etwas anderem ausgeht. Dass wir Interesse daran haben sollten, dies so schnell wie möglich zu beginnen, ist wohl auch Gemeingut der parlamentarischen Beratung.

Ein Wort zum Straßenbau! Ich habe hier jederzeit freimütig bekundet, dass wir uns bemüht haben, so gut wie es eben geht die Maut-Ausfälle für das Jahr 2003 zu kompensieren und die Planungen und die Bauarbeiten in Nordrhein-Westfalen weiterlaufen zu lassen, sodass weder ein Zeichenstift noch ein Spaten aus der Hand gelegt werden muss. Und dass uns im nordrhein-westfälischen Straßenbau ein Problem ins Haus steht, wenn im Jahre 2004 die erwarteten Mittel nicht fließen, habe ich auch nicht verschwiegen.

Ich bin froh darüber, dass sich der Bund nun offensichtlich dahin bewegt zu sagen: Es wird definitiv im Laufe des Monats Januar 2004 eine Entscheidung darüber getroffen, wie es mit der Maut weitergeht.

Ich kann den Bund auch nur ermutigen, auch vorübergehenden Lösungen zuzustimmen und solche zu vereinbaren - mit wem auch immer -, wenn es denn dazu führt, dass die Maut-Einnahmen fließen können, auf die sich in den kommenden Jahren ein wesentlicher Teil der Verkehrswegefinanzierung des Bundes stützen soll. Ich finde es auch richtig, Herr Kollege Hardt, wenn eine Zwischenfinanzierungslösung gesucht wird.

Übrigens: Dem, der kein Verkehrspolitiker ist und das nicht primär aus dieser Warte sehen mag, dem möchte ich gern sagen: Es kann ja nicht wahr sein, dass in dem Jahr, in dem wir alle insbesondere auch aus arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Gründen den wirtschaftlichen Aufschwung erwarten, ausgerechnet der größte Investitionshaushalt der Bundesrepublik Deutschland einen solchen Einbruch erlebt, wenn die Einnahmen ohne Kompensation ausblieben und entsprechende Ausgaben nicht geleistet werden könnten. Das wäre wirtschafts- und konjunkturpolitisch, aber natürlich auch verkehrspolitisch wirklich eine Katastrophe. Herr Kollege Rasche, da ist das Wort "Katastrophe" angemessen. Dazu darf es nicht kommen.

Deshalb habe ich, wie Sie wissen, eine entsprechende Aufforderung an den Bundesverkehrsminister gerichtet, zu Lösungen zu kommen, damit wir unseren Mitteleinsatz planmäßig fortsetzen können.

Wenn wir das können, hören nicht in diesem Jahr und auch nicht im nächsten Jahr die Staus auf nordrhein-westfälischen Autobahnen auf, auf anderen Autobahnen übrigens auch nicht. Aber es handelt sich dann um Verkehrsbehinderungen, die die direkte Folge von Anstrengungen im Bundesfernstraßenbau, insbesondere im Autobahnbau sind, die wir in dieser Größenordnung in Nordrhein-Westfalen lange nicht gehabt haben.

An so vielen Stellen wird an der Aufweitung von Autobahnen von vier auf sechs Streifen, sogar von sechs auf acht Streifen - wenn ich an den Kölner Ring denke - gearbeitet, dass natürlich Störungen unausbleiblich sind, für die wir uns bei den Autofahrerinnen und Autofahrern in Nordrhein-Westfalen entschuldigen, wobei wir aber hinzufügen müssen:

Dies sind keine Symptome des Problems, sondern notwendige Begleiterscheinungen von gewaltigen Anstrengungen zur Lösung des Problems - ich will die Stichworte nicht im Einzelnen nennen -, und das muss in Nordrhein-Westfalen planmäßig fortgesetzt werden. Dafür setzen wir uns ein.

Ich freue mich, dass es die Beratungen innerhalb der Koalition möglich gemacht haben, an dieser Stelle dann auch sagen zu können - durchaus auch mit Hinweis auf den Bund -: Nordrhein-Westfalen sorgt dafür, dass die Investitionen in den Straßenbau in den kommenden Jahren konstant auf der Höhe des Jahres 2003 gehalten werden können. Das kann man für Kleinigkeiten halten.

Aber die Bürgerinnen und Bürger in Bad Berleburg, in Meinerzhagen, in Hiddenhausen und anderswo werden froh sein, dass Maßnahmen begonnen werden, mit denen sie bisher so nicht rechnen konnten. Deswegen einen herzlichen Dank für diese Unterstützung!

Ich will auch hinzufügen: Möglich geworden ist dieses Durchführen der Investitionsvolumina auf gleich bleibendem Niveau auch deshalb, weil wir im administrativen Bereich der Straßenbauverwaltung zu erheblichen Einsparungen kommen. Der Landesbetrieb Straßenbau NRW hat durch Einsparungen bei seinem Verwaltungsaufwand in ganz erheblicher Weise dazu beigetragen, dass es möglich ist, die investiven Mittel auf dem hohen

Niveau zu halten. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt.

Ich sage das auch im Hinblick auf die Debatten, die über das Gelingen oder Misslingen des Experiments einer Verstaatlichung der Landesstraßenbauverwaltung in Gestalt eines modernen öffentlichen Dienstleistungsunternehmens hier streitig stattgefunden haben. Es hat sich erwiesen, dass es eine Lösung zur Modernisierung der Straßenbauverwaltung in der Obhut und Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen gibt, die heute dazu beiträgt, den Verwaltungsaufwand im Landesstraßenbau geringer zu halten und damit die Investitionstätigkeit auf hohem Niveau fortzusetzen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herzlichen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich möchte den Hinweis geben, dass die Abstimmung über den Einzelplan 08 erst am Donnerstag nach der Beratung über den Bereich 7 - Umwelt und Landesplanung - erfolgt.

Ich rufe nunmehr den **Bereich 9** auf:

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Damit ist der Einzelplan 02 - Ministerpräsident - angesprochen.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4802.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Herrn Jostmeier für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Werner Jostmeier (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Einzelplan 02 - Staatskanzlei - möchte ich mich im Zuge dieser Haushaltsberatung auf drei Punkte konzentrieren.

Der erste Punkt lautet: Projekt Ruhr GmbH. Die Projekt Ruhr GmbH haben wir bereits während der Haushaltsberatungen in den vergangenen drei Jahren stets zum Gegenstand von Sparvorschlägen gemacht, weil im Haushalt für das Jahr 2003 ein Soll in Höhe von 9,926 Millionen € stand.

In den letzten Wochen hat sich herausgestellt, dass sich Herr Steinbrück, der Chef der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, unseren Argumenten offensichtlich angeschlossen hat. Er hat nämlich entschieden, dass die Projekt Ruhr GmbH nicht weitergeführt werden soll.

Trotzdem sind im Doppelhaushalt 2004/2005 noch 9 bzw. 7 Millionen € dafür vorgesehen. Als wir im Hauptausschuss nach den Gründen gefragt haben, wurde uns gesagt, dass diese Gelder gebraucht würden, damit die Projekt Ruhr GmbH weiterhin für die Umsetzung des Ziel-2-Programms der Europäischen Union arbeiten könne. Jedermann weiß aber - oder sollte wissen -, dass es in unserem Wirtschaftsministerium ein spezielles Ziel-2-Sekretariat gibt, das genau diese Aufgabe hat.

Wenn es weitere Tätigkeiten für die Projekt Ruhr GmbH geben sollte, die man ihr für die Jahre 2004 und 2005 noch zubilligt, dann soll man es sagen. Mit dieser Begründung können wir hinsichtlich des Sparhaushaltes und der Haushaltssituation aber nicht leben. Wir können keine Doppelstrukturen finanzieren.

Punkt zwei. Wir möchten, dass Teile dieser dann frei werdenden Gelder in Höhe von 9 bzw. 7 Millionen € für den Weltjugendtag verwendet werden. Sie wissen, dass im August 2005 der Weltjugendtag in Köln stattfindet. Der Weltjugendtag wird seit 20 Jahren weltweit begangen. Die Teilnehmerzahl beträgt etwa 600.000 bis 1,1 Millionen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte - so muss ich sagen - bisher signalisiert, sich daran finanziell nicht beteiligen zu wollen. Obwohl der Bund - der Haushaltsobmann in Berlin, der der SPD angehört - gesagt hat, dass man ihn mit 7,5 Millionen € finanzieren will, hat sich die SPD in Nordrhein-Westfalen erst jetzt - heute steht im "Kölner Stadtanzeiger", dass auch das Land Nordrhein-Westfalen bereit ist, 2 Millionen € hinzuzugeben - ebenfalls dazu entschieden.

Wir möchten mit unserem Antrag dazu beitragen, dass im Jahre 2005 5 Millionen € für den Weltjugendtag bereitgehalten werden; denn Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht erlauben, sich an einem solchen kulturellen Großereignis, an dem 120 Nationen und über 4.000 Medienvertreter teilnehmen, finanziell nicht zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

- Danke schön.

Bei Punkt drei geht es um die Öffentlichkeitsarbeit. Die Landesregierung behauptet immer und immer wieder und in diesem Jahr noch mehr, dass die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahren bereits sehr stark zusammengestrichen worden seien.

Wenn man sich die Zahlen des Haushalts anschaut, dann kann man diese Verringerung nicht